



BLICKWINKEL

Politisches Magazin der AfD-Fraktion und
des AfD-Landesverbandes NRW

INFLATION



Nr. 8 · Frühjahr 2022

LANDESVERBAND NRW

Interview mit unserem
neuen Landesvorsitzenden

INFLATION

Die neue soziale Frage

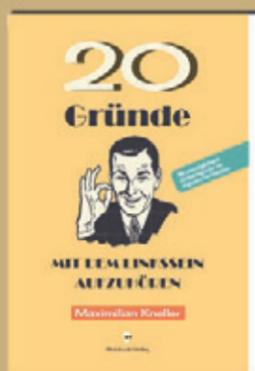
SITUATION

DER PFLEGEKRÄFTE
in NRW



Bildnachweis: Elena Michaylova; istock

Die Impfung gegen Linkssein und Feminismus!



Titel: 20 Gründe, mit dem Linkssein aufzuhören
 Autor: Maximilian Kneller
 Verlag: Blutdruck-Verlag
 Länge: 176 Seiten
 ISBN: 978-3982394602
 Preis: 15 Euro
 Bestellen unter: shop.kraut-zone.de

Editorial

Liebe Leser,

es gab Zeiten, da gab es klare Unterschiede zwischen den Parteien. Und trotzdem trauten wir Bürger ihnen zu, „regieren zu können“ – auch denen, die wir nicht wählten. Zumindest einigermaßen. Persönlich hätte ich zum Beispiel 1980 Franz-Josef Strauß gewählt und doch habe ich natürlich die Kompetenz eines Helmut Schmidt anerkannt. Wir hatten einen Parteienwettbewerb um die besten Ideen und Lösungen. Oft scharfkantig und emotional, aber eben auch mit Politikern, die noch „aus dem echten Leben“ kamen. Ich will das nicht verklären, auch damals gab es Missstände, aber doch: Die Qualität der politischen Klasse war ausreichend dafür, dass die überwältigende Mehrheit der Bürger dem, was manche als das „System“ bezeichnen, positiv verbunden war.

Heute hingegen haben sich die Unterschiede zwischen den etablierten Parteien von CDU bis Grünen bis auf Nuancen eingeebnet. Gleichzeitig sinkt die formale Kompetenz, gut regieren zu können. Mittlerweile will niemand – außer uns, der AfD – mehr ordentlich die Grenzen und damit die Bürger vor Kriminalität und Einwanderung in die Sozialsysteme schützen. Alle anderen wollen diesen Euro immer retten, Nullzins und Inflation werden dafür hingenommen. Kriminelle abzuschieben, wird entweder rundheraus abgelehnt oder verbleibt als Worthülse – das Ergebnis ist dasselbe. Auch in der Energiepolitik sind es eher marginale als fundamentale Unterschiede. Regierungswechsel führen immer häufiger zu keiner wirklich unterschiedlichen Politik mehr. Alle stellen erst einmal neues, ihnen genehmes zusätzliches Personal auf Kosten der Steuerzahler ein, während die Qualität der Arbeit sich ständig verschlechtert. Die Kernaufgaben des Staates spielen dabei leider eine immer untergeordnetere Rolle: Straßen und Brücken verkommen, aber ein effektives Baustellenmanagement? Noch immer Fehlanzeige. In den Innenstädten haben wir es mit immer mehr Angsträumen zu tun. Aber anders als bei den sich wöchentlich widersprechenden Corona-Verordnungen sind Polizei und Ordnungsamt dort etwas weniger gerne unterwegs. Die Energieversorgung steuert sehenden Auges auf Blackouts zu, aber man verlässt sich ja – ganz im Sinne des vorherrschenden Trends zur Doppelmoral – auf die Atomenergie der Nachbarländer.



Markus Wagner, MdL
Fraktionsvorsitzender

Diese wenigen Schlaglichter sollen genügen, um verständlich zu machen, warum immer mehr Bürger sich von diesem etablierten Politikbetrieb abwenden. Vom Verfassungsschutz werden diejenigen, die sich zum Beispiel gegen die teils unsinnigen Corona-Maßnahmen wenden, als „staatsfeindlich“ hingestellt, ja, sogar als Extremisten gebrandmarkt. Während also Unterschiede und Kompetenz der politischen Klasse nachlassen, wird gleichzeitig der Diskursraum verengt, und zwar mittlerweile durch die staatliche Administration selbst. Man kommt sich bald vor wie in einem Roman von Franz Kafka.

Denn: Die Bürger wollen eben keine Diktatur und keinen Umsturz hin zu einer grundgesetzwidrigen Ordnung, sondern genau das Gegenteil. Von ein paar Spinne- und Radikalen abgesehen, die es ja immer gibt, will die Masse nichts weiter als funktionierende Eliten, Entscheidungsträger, denen man vertrauen kann. Und zwar persönlich, charakterlich und handwerklich. Und die Bürger erwarten zu Recht, dass sich in den Zwangsgebühren-Medien nicht nur Meinungen links der Mitte, sondern angemessen auch aus dem demokratischen Spektrum wiederfinden. Die unheilige Allianz zu vieler Journalisten mit den Regierenden verstärkt bei vielen Bürgern den Eindruck einer Einheitsmeinung.

Einheitsmeinungen sind aber gerade das Gegenteil einer pluralistischen Gesellschaft. Demokratie bedarf der Alternative. Wir sind die Alternative für Deutschland.

Ihr
Markus Wagner

INHALT

Frühjahr 2022



Die Landtagsfraktion der AfD Nordrhein-Westfalen

besteht aus 13 Abgeordneten, die eine große Bandbreite von Aufgaben und Themen im Bereich der Landespolitik bearbeiten. Wir könnten dies alles ohne unsere Referenten, Unterstützer und den Rückhalt der Partei nicht schaffen.

Deswegen möchten wir uns an dieser Stelle bei unseren Referenten bedanken, die neben der täglichen parlamentarischen Arbeit an der Fertigstellung der Blickwinkel-Ausgabe grundlegend beteiligt waren:

Christer Cremer, Dominik Ebenberger, Tobias Ebenberger, Jörg Feller, Dominic Fiedler, Tam Hong, Maik Klaus, Maximilian Kneller, Iwar Matern, Thomas Mayer-Steutde, Lisa Kristin Oheim, Alexander Schaary, Enxhi Seli-Zacharias, Ulrich von Zons

RÜCKBLICKE

Erfahrungen und Erfolge

aus fünf Jahren Legislatur

46 - 51



WER WIR SIND

Andreas Keith

Porträt

30 - 33

SCHÖNE ECKE

Naturpark Schwalm-Nette

Das Erholungsgebiet am Niederrhein

42 - 45

COMIC

Das ist Solidarität

52 - 53

JUGEND-LANDTAG 2021

Planspiel und „Demokratietraining“

von Nils Wallmeyer

54

Impressum

55

Editorial

von Markus Wagner, Fraktionsvorsitzender 3

THEMEN

Wie sozialistische Bildungspolitik

das individuelle und gesellschaftliche Bildungsniveau absenkt

6 - 7

Situation der Pflegekräfte in NRW

10 - 11

Die menschengemachte Flutkatastrophe

Teil 2

12 - 13



Mangelhafte Brücken-Technologie

14 - 15

Der Wunsch nach einem besseren Leben

ist kein Asylgrund

16 - 17

Die Verteidiger Europas

Widerstand im Osten als Hoffnung für den Kontinent

18 - 19

LANDESVERBAND NRW

Interview

mit dem neuen Landesvorsitzenden

26 - 27

Landesparteitag in Siegen

28



THEMEN

Wohlstand für Alle -

das war einmal

24 - 25

Recht, Ordnung und Gesetz

Die Grundlagen unseres freiheitlichen Rechtsstaates

34 - 35

Landeszentrale für politische Bildung

Schein und Sein

36 - 37

NATIONALES

Süchtig, depressiv, dick und ängstlich

Die verheerenden Auswirkungen von 2 Jahren Corona-Politik

8 - 9

Bröckelt die Gewaltenteilung?

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

38 - 39

Fake-Klimaschutz stoppen

Keine weiteren Subventionen für die CO₂-intensive Holzverbrennung!

40 - 41

Wie sozialistische Bildungspolitik

das individuelle und gesellschaftliche
BILDUNGSNIVEAU absenkt

Der unreflektierte Akademisierungswahn in Deutschland und insbesondere in Nordrhein-Westfalen seit den frühen 60er Jahren und die damit einhergehenden Veränderungen haben zu Verwerfungen in unserem Schulsystem und zahlreichen Ängsten in Familien geführt.

Diese Entwicklung hat aus einer Bildungsnation ein Land gemacht, das bei internationalen Tests lediglich durchschnittlich oder sogar unterdurchschnittlich abschneidet. Verantwortlich für diesen Weg des Bildungsabbaus sind sozialistische Ideologen, die unter dem vorgeblichen Ziel, Bildungsgerechtigkeit herstellen zu wollen, die alten Schulstrukturen zerstört und das Leistungsprinzip unterhöhlt haben. Unter anderem dadurch wurden gesamtgesellschaftliche Transformationsprozesse nach sozialistisch-neomarxistischer Zielsetzung eingeleitet, die sich bis heute auch erfolgreich durchgesetzt haben.

Ein wichtiges Ziel dieses Transformationsprozesses ist die Herstellung von Gleichheit der Menschen in ihrer sozialen Stellung und Lebensgestaltung. Deshalb bekämpfen Sozialisten mit aller Kraft das gegliederte Schulsystem, das ihrer Ansicht nach die Ungleichheit der Individuen von Kindheit an festschreibt.

Mit dieser Polemik gegen das gegliederte Schulwesen lösen sozialistische Bildungspolitikern seit Jahrzehnten bei Eltern und Lehrkräften die große Sorge aus, dass ihren Kindern bzw. Schülern Chancen vorenthalten werden, wenn sie nicht die höchste Schulform, das Gymnasium, besuchen. Selbst der Hinweis auf die

völlige Offenheit des deutschen Schulsystems mit der Möglichkeit, auf verschiedenen Schullaufbahnen zu hohen Abschlüssen zu kommen, überzeugt viele Eltern nicht, für ihre Kinder die Hauptschule oder die Realschule zu wählen. Sie unterschätzen die Möglichkeiten, welche die mittleren Schulformen ihren Kindern eröffnen, unterschätzen zugleich die Anforderungen der höheren Schulformen. Das betrifft auch die Last der Enttäuschungen, die Kinder bei Überforderung zu tragen haben. So lassen sich viele Eltern durch eigene Zukunftsvorstellungen und durch Erwartungshaltungen des Umfelds dazu drängen, ihre Kinder auf eine Schulform gehen zu lassen, deren Anforderungen für sie zu hoch sind. Deshalb gibt es jedes Jahr eine erhebliche Anzahl von Schulformwechslern, meistens vom Gymnasium zu den Realschulen und von den Realschulen zu den Hauptschulen. Weil diese Wechsel in der Öffentlichkeit häufig mit einem Prestigeverlust der jeweiligen Schulen einhergehen und man ihnen mangelnde pädagogische Profession vorwirft, bemühen sich viele Schulleitungen und Kollegien, auch schwächere Schüler auf der Schule zu halten. Das geht natürlich nur mit einer Absenkung des Leistungsniveaus, sodass der Bildungsstand ganz allgemein gesenkt wird und auch gute Schüler nicht an ihre Leistungsgrenze herangeführt werden.

Klassenverbund stärken – Leistungshomogenität herstellen

Immer wieder schneiden dieselben Bundesländer in Vergleichsstudien schlecht ab. Völlig ausgeblendet wird in der Öffentlichkeit, dass diese Länder bereits seit langem ihr Schulsystem nach dem sozialistischen

Gleichheitsmodell umstrukturiert und deformiert haben. Gerade in diesen Ländern haben die Regierenden auf die rückwärtsgewandten Reformpädagogen gehört, die Dorfschulmethoden des 18. und 19. Jahrhunderts als modern verkauft haben. Dazu gehört das gemeinsame Lernen von Schülern mit völlig unterschiedlichen Voraussetzungen und sogar jahrgangsübergreifend in einer Lerngruppe. Dazu gehört auch zwangsläufig das sogenannte selbständige und eigenverantwortliche Lernen durch innere Differenzierung mit unterschiedlichen Arbeitsblättern, sodass eben gar nicht gemeinsam gelernt wird.

Der durch Arbeitsblätter, also unterschiedliche Aufgaben gesteuerte Unterricht in übermäßig heterogenen Klassen ist und bleibt eine Notlösung, die man in anderer Art schon in den früheren Dorfschulen angewandt hat. Damit werden die Schüler sich selbst überlassen. Dazu Prof. Rainer Dollase (Emeritus in Bielefeld) in einem NEWS4TEACHER-Gastbeitrag: „Der im Gefolge zu großer Heterogenität entstehende ‚Arbeitsblattunterricht‘ vermindert übrigens massiv den sprachlichen Input der Lehrpersonen, der gerade bei Heterogenität und dem hohen Migrationsanteil für die Sprachentwicklung bitter notwendig wäre. Stattdessen lesen die Kinder auf den Arbeitsblättern rudimentäre Imperative wie „Denke nach!“ und „Kreuze an!“ Das aber führt auch zum Abflachen der Schülermotivation und ihres Interesses am Schulstoff.“

Plädoyer für das gegliederte Schulsystem

Zahlreiche neue Studien belegen, dass alle, gerade auch schwächere Schüler vom Unterricht in angemessen homogenen Lerngruppen profitieren. Deshalb führt eine Leistungsdifferenzierung beim Übergang auf die weiterführende Schule eben nicht zu einer stärkeren Bildungsungleichheit, wie die Bamberger Forscher Julian Seuring und Hartmut Esser in einer Studie nachwiesen. Im Gegenteil, gerade die kognitive Homogenisierung führt zu einem insgesamt besseren Leistungsniveau, von dem besonders Kinder in mittleren Bildungsgängen profitieren, wie NEWS4TEACHER erläutert:

„Die Ergebnisse widersprechen der Standardposition deutlich, so Esser und Seuring. Die Differenzierung führe nicht zu einer Verstärkung der Effekte sozialer Herkunft – im Gegenteil: Diese schwächen sich bei einer strikten Leistungsdifferenzierung eher ab. Die Leistungen in der Sekundarstufe nähmen dagegen zu, insbesondere in der Kombination mit einer homogeneren Zusammensetzung der Schulklassen nach kognitiven Fähigkeiten.“

Dies gelte gerade für die Kinder der unteren Bildungswege mit geringem Leistungsniveau. Dort fielen die Leistungen bei einer möglichst großen kognitiven Homogenität am besten aus. Eine liberal geregelte oder nachlässig implementierte Differenzierung habe für diese Kinder und Jugendlichen dagegen „geradezu de-saströse Folgen“.



Esser und Seuring empfehlen den bildungspolitisch Verantwortlichen eine stärkere Orientierung an Kriterien der Leistungsdifferenzierung, um die Effizienz des Bildungssystems zu stärken und soziale Bildungsungleichheiten zu dämpfen.

Eine verbindliche, an pädagogischen Leitlinien orientierte Weiterführung der Schullaufbahn auf Grundlage einer wertschätzenden Leistungsorientierung wird die Lernmotivation der Schüler durch zahlreiche Erfolgserlebnisse erhöhen sowie die Wahl der beruflichen Zukunft erleichtern.

SO NIMMT MAN KINDER ERNST!

SO STEIGERT MAN DIE LERNFREUDE!

SO STELLT MAN BILDUNGSGERECHTIGKEIT HER!



HELMUT SEIFEN, MdB
WISSENSCHAFTS-, BILDUNGS- UND
SCHULPOLITISCHER SPRECHER

SÜCHTIG, DEPRESSIV, DICK UND ÄNGSTLICH

DIE VERHEERENDEN AUSWIRKUNGEN VON 2 JAHREN CORONA-POLITIK AUF HERANWACHSENDE GENERATIONEN!



SYMBOLFOTO
ALAMY STOCK PHOTO/ELVA ETIENNE

In der Kindheit und Jugend werden wichtige Grundsteine für das gesamte weitere Leben gelegt. Traumata und Defizite in der Entwicklung wiegen in dieser Lebensphase deutlich schwerer als zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Persönlichkeit schon gereift ist.

Der Mensch als soziales Wesen ist abhängig von zwischenmenschlicher Interaktion. Vor allem die kindliche Entwicklung ist auf die Auseinandersetzung mit der Umwelt und den Mitmenschen angewiesen. Diese Erkenntnisse sind kein Geheimwissen, sondern weitestgehend bekannt und anerkannt. Umso verwunderlicher, dass die Politik und andere Schlüsselpersonen, beispielsweise Lehrer, im Umgang mit Kindern und Jugendlichen Maßnahmen fordern und auf den Weg bringen, die diese selbstverständlichen Bedürfnisse unseres Nachwuchses ignorieren. Noch bevor die Kinder- und Jugendärzte Alarm schlagen, haben wir genau diese Bedenken ins Parlament eingebracht.

Laut einer Studie der Kinderintensivstation in Essen stiegen die Selbstmordversuche bei Minderjährigen um 400 %

Spätestens seitdem im Mai 2021 die Kinder- und Jugendpsychiatrien mit den Horrorszenarien überfüllter Stationen an die Presse gingen, war die Sorge um die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auf unsere Kinder in aller Munde. Auch wenn diese Meldung später vom Fachverband entkräftet wurde, haben wir heute bittere Gewissheit: Die Selbstmordversuche bei Minderjährigen stiegen im vergangenen Jahr laut einer Studie der Kinderintensivstation in Essen um 400 % gegenüber 2020 an. Vor diesem Hintergrund versucht man zumindest die Schulen und Kitas offen zu halten. Ist deshalb „Entwarnung“ in Bezug auf die psychische Gesundheit unserer Kinder angesagt? Davon können wir leider nicht ausgehen. Die rituellen Testungen der Kinder führen zu einer ständigen „Habachtstellung“ und Dauerbefürch-

tung von Zwangsquarantäne und Isolation. Grundschulkinder der zweiten Klasse haben vermutlich ihr Gegenüber noch nie lächeln gesehen. Bei den älteren Kindern kommt noch der Druck auf die Schüler hinzu, die sich nicht impfen lassen wollen oder deren Eltern nicht geimpft sind. Auch hier hat die Presse über regelrechtes „Impf-Mobbing“ an den Schulen berichtet.

Begründet wurden die Maßnahmen immer wieder mit dem Schutz vor einer Infektion mit dem Corona-Virus. Jedoch ist bereits seit den Anfängen der „Pandemie“ bekannt, dass Kinder und Jugendliche nicht die befürchteten Infektionstreiber sind. Insbesondere Kinder fallen fast ausschließlich durch den engmaschigen Test-Rhythmus in Schulen und Kitas in die Statistik. Völlig symptomfreie Kinder werden positiv getestet, isoliert und fließen dann natürlich als Corona-erkrankt in die Statistik ein. Laut Ständiger Impfkommission sei in Deutschland noch nicht ein einziges Kind ausschließlich an Covid gestorben. Im Oktober 2021 wurden ganze zehn minderjährige Personen bundesweit stationär behandelt, die (auch) an Corona infiziert waren. Da diese Zahlen die drakonischen Maßnahmen für Kinder nicht rechtfertigen können, wird gerne auf die Gefahr der asymptomatischen Infektion hingewiesen, die zu einer Ansteckung bei gefährdeten Familienmitgliedern führen könnte. Interessant ist hierbei, dass selbst das RKI davon ausgeht, dass Virenträger, die keinerlei Symptome entwickeln, für das Infektionsgeschehen eine untergeordnete Rolle spielen. Das heißt, gesunde Kinder, die lediglich positiv getestet wurden, werden ihr Umfeld vermutlich nicht infizieren.

Folglich könnte man meinen, dass es grünes Licht für weitere Lockerungen für die Kinder gäbe. Spätestens jetzt kommt bei den Verfechtern von Lockdown, Zwangstests und Distanzlernen die Schimäre „Long-Covid“ ins Spiel. Die Mainzer Gutenberg COVID-19 Studie zu „Long-Covid“ zeigt zwar den Medizinerinnen auf, dass es (wie auch schon in der Vergangenheit nach anderen viralen Infekten) zu einer längeren Abgeschlagenheit etc. nach der Genesung kommen kann. Die Symptome sind allerdings unspezifisch und bei zu vielen Menschen im gleichen Zeitraum aufgetreten, die nachweislich nicht infiziert gewesen sind. Die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin warnt vor einer Überbewertung dieses Phänomens und schätzt die Folgen der Corona-Maßnahmen auf die Kindergesundheit deutlich weitreichender ein.

Zunahme von Suchtpotentialen und Drogenmissbrauch

Die Hamburger Copsy-Studie („Corona und Psyche“) hat die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auf

die psychische Gesundheit von Kindern unter die Lupe genommen. Die Ergebnisse sind sehr erschreckend. Ein Drittel aller Kinder weisen mittlerweile psychische Auffälligkeiten auf. Die Zahl der Kinder, die gar keinen Sport machen, hat sich im Laufe der Corona-Zeit verzehnfacht! Dafür ist der Medienkonsum, insbesondere von „Gaming“ und „Social Media“, dramatisch in die Höhe gegangen. Eine gemeinsame Studie der DAK und des Deutschen Zentrums für Suchtforschung des Kindes- und Jugendalters bestätigte, dass die Verbreitung der pathologischen Mediennutzung im Alter von 10–17 Jahren dramatisch auf 465.000 Betroffene angestiegen ist. Vor Corona (2019) waren es rund 315.000 Kinder und Jugendliche. Ebenfalls in die Höhe geschossen ist der Drogenmissbrauch unter Jugendlichen: Oftmals werden Medikamente (Benzodiazepine) in Kombination mit Alkohol und Cannabis eingenommen.

Fatal ist hierbei, dass diese Verhaltensstörungen die jungen Persönlichkeiten dauerhaft prägen, vermutlich weit über die Zeit der Corona-Maßnahmen hinaus.

Zurück zur Normalität wird nicht ausreichen

Kinder haben ein Recht auf Bildung, Freizeit, Spiel und altersgerechte aktive Erholung. Distanzlernen, Abstand halten, Isolation und lediglich virtuelles Spielen werden den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen nicht gerecht. Die Kinderrechtskonvention garantiert aber genau das. Die Anhänger und Verfechter dieser UN-Konvention übersehen diese Diskrepanz in der aktuellen Lage allerdings großzügig. Zurück zur Normalität ist insbesondere für unsere heranwachsende Generation das Gebot der Stunde. Und es ist an der Zeit, die Folgen der letzten Jahre so gut es geht abzufangen. Hierzu sind qualitativ hochwertige Angebote in sämtlichen Bereichen des sozialen und schulischen Lebens zu schaffen. Neben dem Schließen der Lernlücken sollte aber vor allem die Bewältigung der sozialen, körperlichen und psychischen Folgen der Corona-Maßnahmen im Vordergrund stehen. Unsere Kinder brauchen ein aktivierendes und bewegungsförderndes Angebot. Sie brauchen Aufklärung und Begleitung bei der Bewältigung des missbräuchlichen Medienkonsums und ausreichend therapeutische Angebote, wo sie von Nöten sind. Vor allem brauchen sie ein Lebensumfeld, das ihnen ihre Unbefangenheit zurückgibt.



IRIS DWORECK-DANIELOWSKI, MDL
FAMILIEN-, KINDER-, JUGEND-
UND FRAUENPOLITISCHE SPRECHERIN



IM NOVEMBER 2021 LEGTEN DIE BESCHÄFTIGTEN DER UNIVERSITÄTSKLINIK KÖLN IHRE ARBEIT NIEDER UND DEMONSTRIERTEN FÜR HÖHERE LÖHNE, VOR ALLEM FÜR DEN PFLEGEBEREICH.
QUELLE: PICTURE ALLIANCE/GEISLER-FOTOPRESS/CHRISTOPH HARDT

SITUATION der Pflegekräfte in NRW

In Nordrhein-Westfalen ist die Situation der Pflegekräfte so angespannt wie noch nie zuvor. Die anhaltende Coronakrise und die daraus resultierenden Auswirkungen auf den gesamten Berufsstand sind nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Die jahrzehntelange Misswirtschaft im Gesundheitswesen zeigt sich in Anbetracht der pandemischen Lage deutlicher denn je zuvor.

Die Gesundheitsversorgung im gesamten Bundesgebiet leidet unter einer Verknappung der Behandlungskapazitäten, welche unmittelbar auf Personalmangel insbesondere in der Pflege zurückzuführen ist. Doch woran liegt es, dass Pflegeberufe immer unattraktiver werden? Gibt es doch wenig Berufe, die für die Gesamtheit und den Zusammenhalt einer Gesellschaft von solch existentieller Bedeutung sind, nicht erst seit Beginn der Coronakrise. Dennoch werden laut Statistischem Bundesamt 2025 voraussichtlich etwa 112 000 Pflegerinnen und Pfleger in Vollzeitstellung fehlen.

Die Fachhochschule Münster hat hinterfragt, warum Pflegeberufe immer unattraktiver werden. Hierbei stellte sich heraus, dass es allem voran die sozialen Aspekte des Berufsalltags sind, die zu einer hohen Unzufriedenheit führen. Keine Zeit für eine angemessene Betreuung der Patienten, zu hoher Bürokratieaufwand, zu wenig Wertschätzung und die konsequente Hinwendung zu Profitdenken und ökonomischen Fehlanreizen im Gesundheitssektor – um nur einige der Aspekte zu nennen, führen zu einer massiven Unzufriedenheit unter den Pflegern. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch angemessene finanzielle Entlohnungen gehören zu den am häufigsten gestellten Forderungen des Berufsstandes.

Somit gibt es eine valide Datenbasis für politische Handlungsempfehlungen und eine gesamtgesellschaftliche Aufwertung des Berufsstandes. Leider hat es die NRW-Landesregierung versäumt, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, welche die Arbeitsbedingungen und Vergütungsstrukturen im Gesundheitswesen nachhaltig verbessern. In einer alternden Gesellschaft ist eine gute und verlässliche Pflege von zentraler Bedeutung. Hier scheinen die Altparteien jedoch einiges falsch verstanden zu haben.

Anstatt Anreize für neues Pflegepersonal zu schaffen wie auch für bestehende Fachkräfte, um weiterhin in ihrem Pflegeberuf tätig zu bleiben, implementiert die Landesregierung gegen massive Widerstände aus der Praxis eine Pflegekammer. Diese soll sich nach ersten Äußerungen der politischen Akteure über eine Pflichtmitgliedschaft und damit einhergehende Pflichtbeiträge finanzieren. Der Wille des Berufsstandes wird vollständig untergraben, während die Missstände aufrechterhalten und vergrößert werden.

Das Kammersystem in den Pflegeberufen wird auch in der Politik kontrovers diskutiert. Mangels bundeseinheitlicher Regelungen bestimmt jedes Land autonom über die Errichtung und die Rahmenbedingungen der jeweiligen Pflegekammer. Aufgrund anhaltender Kritik an den Pflegekammern in anderen Bundesländern wurde teilweise bereits ihre Abwicklung beschlossen – trotzdem konzentriert sich die Landesregierung darauf, in Nordrhein-Westfalen eine Pflegekammer zu errichten.

Mit Inkrafttreten der Impfpflicht werden laut Prognosen allein in Heimen in NRW bis zu 2.000 Pfleger ihren Job kündigen

Zu einer noch größeren Gefahr für die Gesundheitsversorgung könnte die Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen werden, die sich vorrangig gegen medizinisches Personal richtet. Zur potentiellen Eindämmung des Infektionsgeschehens hat sich die neue Bundesregierung auf Maßnahmen geeinigt, welche in einer freiheitlichen Gesellschaft keinen Platz haben dürften – insbesondere vor dem Hintergrund, dass in vielen Einrichtungen schlicht die Sparmaßnahmen an Personal und Material schuld an der Infektionsgefahr sind, also politisch gesteuerte Vorgänge. Mit Inkrafttreten der Impfpflicht werden laut Prognosen allein in Heimen in NRW bis zu 2.000 Pfleger ihren Job kündigen. Diese Menschen verlassen dann ein ohnehin völlig überlastetes System. Die Konsequenzen eines solchen Szenarios sind kaum absehbar.



DR. MARTIN VINCENTZ, MDL
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER
GESUNDHEITS-, ARBEITS- UND
SOZIALPOLITISCHER SPRECHER

DIE MENSCHENGEMACHTE Teil 2 FLUTKATASTROPHE

Wetter-Experten Prof. Cloke und Kachelmann bestätigen vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Flut ein System- und Kommunikationsversagen im Vorfeld der Katastrophe am 13./14. Juli 2021.

Die britische Hydrologie-Professorin Hannah Cloke war am 26. November 2021 in den Landtag geladen. Sie ist Mitbegründerin des Europäischen Hochwasserwarnsystems EFAS, das seit 2012 Teil des EU-weiten Copernicus-Katastrophen- und Krisenmanagementdienstes ist. Liest man dessen Zielsetzungen, klingt es wie Hohn: Laut Webseite liefert das System bis zu 10 Tage im Voraus Übersichten über aktuelle und prognostizierte Überschwemmungen in Europa und leistet so einen Beitrag zum besseren Schutz der europäischen Bürger, unserer Umwelt, Besitztümer und Kulturerben.

Auch der Deutsche Wetterdienst greift bei seinen Vorhersagen auf EFAS zu. Somit steht außer Zweifel, dass es Vorhersagen für die Katastrophe gab und Aussagen wie „Man hatte keine Zeit, die Menschen zu warnen, die Flut kam plötzlich“ völlig haltlos sind. Alle Wetterdaten und Modelle hatten bereits Tage zuvor (11. Juli 2021) auf ein außergewöhnliches Unwetterereignis hingewiesen – die Beweislage hatte sich von Tag zu Tag verfestigt. Auch Prof. Cloke konnte nicht verstehen, dass es überhaupt Todesopfer gab. Für sie wie für uns als AfD-Fraktion war es eindeutig Systemversagen an oberster Stelle!

Was nützen die besten Vorhersagen, wenn die Menschen vor Ort nicht gewarnt werden? Wenn die verantwortlichen Ebenen nicht klar definiert sind und es keine zentrale Expertenstelle gibt, die die Kommunen durch solch ein Unwetter begleitet – auch mit Blick auf die Zuflüsse, Bäche und Talsperren.

Bestätigt wurden diese Erkenntnisse durch den Wetterexperten Jörg Kachelmann: Die Modelle seiner Webseite wiesen für NRW ab dem 11. Juli auf eine Extremwetterlage mit heftigem Hochwasser und drohenden Überschwemmungen ganzer Ortschaften hin. Auch wunderte er sich, dass die Behörden keine Warnung oder Evakuierung der betroffenen Gebiete angingen, während schon die höchste Warnstufe galt.

Nur er warnte in den sozialen Netzwerken vor genau den kleinen Bächen und Flüssen, die dann durch die

Wassermassen zu reißenden Strömen und somit zur tödlichen Gefahr wurden. Das Fazit des Schweizer: „Es musste in dieser Situation niemand ums Leben kommen – wenn alle das getan hätten, was hätte getan werden müssen.“

Die Reisen des Ausschusses in die am stärksten betroffenen Gebiete, die Gespräche mit Bürgermeistern und den Menschen vor Ort bestätigen dieselbe traurige Erkenntnis: Krisenstäbe wurden gar nicht oder viel zu spät eingerichtet. Sirenen funktionierten nicht oder wurden vor Jahren als angebliche Relikte abgeschafft. Handynetze und Polizeifunk fielen aus. JEDE betroffene Gemeinde war auf sich allein gestellt, Vorwarnungen übergeordneter Stellen gab es allgemein nicht, Warnungen der Bevölkerung nicht überall.

So wurden beispielsweise die Menschen in Blessem direkt an der Abbruchkante überhaupt nicht gewarnt. Dort war es der vorausschauenden Eigeninitiative der Bürger zu verdanken, dass sich alle vor dem Wegspülen der Häuser noch retten konnten.

Es kann nicht die Aufgabe von Wetterexperten oder der Menschen vor Ort sein, vor solchen Ereignissen zu warnen: Das bleibt IMMER die Aufgabe des zuständigen Ministeriums! Bis heute gibt es aber weder Einsicht noch Konsequenzen für das Versagen auf Landesebene. Anfang Februar musste die Landesregierung dann im Untersuchungsausschuss eingestehen, dass ein neues Modellsystem zur Hochwasservorhersage nicht genutzt werden konnte – weil der einzige zuständige Hydrologe im Urlaub war und Warn-E-Mails nicht weitergeleitet wurden.

Es bleibt nur zu hoffen, dass so schnell wie möglich aus den dramatischen Fehlern dieses Ereignisses gelernt wird, die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden und zukünftige Planungen und Bebauungen mit mehr Respekt und Demut vor der Natur erfolgen.



UTA OPELT, MdL
STELLV. OBFRAU IM UNTERSUCHUNGS-
AUSSCHUSS HOCHWASSERKATASTROPHE
HEIMAT- UND BAUPOLITISCHE SPRECHERIN

DIE BRITISCHE HYDROLOGIE-PROFESSORIN HANNAH CLOKE VOR DEM UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS ZUR HOCHWASSERKATASTROPHE. SIE HATTE AN DER ENTWICKLUNG DES EUROPÄISCHEN HOCHWASSERWARNSYSTEMS EFAS MITGEWIRKT UND DEN BEHÖRDEN NACH DER FLUTKATASTROPHE EIN «MONUMENTALES» SYSTEMVERSAGEN VORGEWORFEN.

QUELLE: PICTURE ALLIANCE/DPA/ROLF VENNENBERND



MANGELHAFT BRÜCKEN-TECHNOLOGIE

BAUMASSNAHME ZUR NOTVERSTÄRKUNG FÜR DIE TALBRÜCKE-RAHMEDE AUF DER SAUERLANDLINIE A45, LÜDENSCHIED/GEVELNDORF, NRW AM 20. DEZEMBER 2021. SEIT ANFANG JANUAR 2022 STEHT FEST, DASS DIE BRÜCKE ABGERISSEN WERDEN MUSS.

QUELLE: IMAGO/HANS BLOSSEY

Die maroden und überlasteten Straßen und Brücken in kommunaler, Landes- und Bundeshand werden Nordrhein-Westfalen noch unabsehbar in Atem halten. Wir erleben seit langem, dass eine wichtige Brücke nach der anderen ersetzt werden muss und bis zur Obergrenze belastete Nachbarbauwerke zusätzlich geschädigt werden. Nach der Leverkusener Autobahnbrücke müssen andere wichtige Rheinquerungen bei Düsseldorf-Flehe und Köln-Rodenkirchen ersetzt werden.

Im Dezember 2021 traf es die Talbrücke Rahmede der A45 bei Lüdenscheid: Im Zuge der Neubauplanung stellte eine Bauwerkskontrolle Verformungen im Stahlüberbau fest. Die dafür nötige Laserscan-Untersuchung ist bislang kein Teil der regelmäßigen Haupt- und Nebenprüfungen von Ingenieurbauwerken. Noch 2017 hatte die letzte Hauptprüfung die Brücke mit der Note 3 bewertet, die Standsicherheit sogar mit 1. Nun wurde die 31 Meter breite und 453 Meter lange Talbrücke am 2. Dezember 2021 sofort vollgesperrt.

Wie viele andere Brücken wurde die Rahmede-Brücke in den 1960ern mit einer Verkehrsprognose geplant, die für 1980 von 25.000 Fahrzeugen ausging und den heutigen Nutzungsbedingungen nicht mehr gerecht wird. Die reale Belastung lag gegen Ende bei 64.000 Fahrzeugen am Tag, davon 13.000 Lkw.

In NRW gibt es in der Zuständigkeit von Bund und Land insgesamt 10.243 Brücken. Zwei Drittel davon wurden vor 1985 gebaut und sind für die aktuellen und erwarteten Belastungen nicht mehr geeignet. Seit Anfang 2021 kümmert sich die Autobahn GmbH des Bundes direkt um alle Autobahnbrücken. Damit ist der Landesbetrieb Straßen.NRW noch für 6.639 Brücken zuständig. Eine Reihe von Kleinen Anfragen der AfD enthüllte, dass es in ganz NRW seit Juli 2019 gerade einmal 140 Brückenprüfungen gab.

Dabei können wir uns mit Blick auf die Talbrücke Rahmede offensichtlich nicht mehr auf die bisherigen Hauptuntersuchungen verlassen und müssen ihre Ergebnisse hinterfragen. Allgemein ist nicht bekannt, wie viele Stahlverbunds-, Stahlkonstruktions- und Balkenbrücken es gibt, bei denen solche Risiken zu erwarten sind. Und direkt nach der Vollsperrung der A45 konnte die Autobahn GmbH der Bundesregierung nicht einmal sagen, wie viele Brücken mit dem neuen Laserscan zu prüfen sind.

Das führt zur nächsten Frage, wie viele der Brücken von Straßen.NRW betroffen sind. Von 219 untersuch-

ten Brücken des Landesbetriebs müssen 75 % durch Neubau ersetzt werden. Der Fokus liegt dabei laut Angaben der Landesregierung auf über 1.000 Brücken – beim aktuellen Tempo (84 Prüfungen pro Jahr) würde das bis 2032 dauern ...

Als die Rheinbrücke der A1 bei Leverkusen von Dezember 2012 bis März 2013 für Lkw ab 3,5 Tonnen gesperrt wurde, zeigten die massiven Auswirkungen auf den Güterverkehr klar, dass nicht nur massive Baukosten entstehen: Der volkswirtschaftliche Verlust durch die Sperrung lag bei 0,5 bis 1,2 Mio. Euro pro Tag. Diese Kalkulation nimmt an, dass vollständig auf andere Autobahnen ausgewichen wird. Sollten Umwege über andere Fernstraßen erfolgen, ergibt sich für diese Brücke sogar ein täglicher Verlust von 2,6 Mio. Euro. Ähnliches ist für die Sauerländer Brücke zu erwarten.

An der Rahmede-Brücke wurden mittlerweile Anfang Januar weitere Risse in den Längsträgern und erhebliche Korrosionsschäden entdeckt. Somit bleibt sie entgegen anfänglicher Überlegungen, sie nach drei Monaten für Pkw freizugeben, gesperrt und muss abgerissen werden.

Leistungsfähige Verkehrswege sind die Grundlage für individuelle Mobilität und die Logistik unserer Wirtschaft

Die wirtschaftlichen Auswirkungen einer maroden Infrastruktur liegen auf der Hand. Leistungsfähige Verkehrswege sind die Grundlage für individuelle Mobilität und die Logistik unserer Wirtschaft. Wer ihre Bedeutung in NRW verkennt und die Risiken einer jahrzehntelangen Vernachlässigung ausblendet, begünstigt Fehlentwicklungen, bei denen Verkehrsprobleme zur Wachstumsbremse werden.

Die AfD-Fraktion fordert seit Jahren auf Grundlage neuer Erkenntnisse die Aufstockung der Haushaltsmittel für Sanierung und Neubau von Brückenbauwerken sowie die Sicherstellung von Prüfindienststellen, um dem anhaltenden Prüfungsstau effektiv zu begegnen. Das Baustellenmanagement muss optimiert und beschleunigt werden. Nicht zuletzt muss die DIN-Norm 1076, nach der Ingenieurbauwerke geprüft werden (letzter Stand: 1999), schnellstmöglich erneuert werden.



NIC VOGEL, MdL
VERKEHRSPOLITISCHER SPRECHER

DER WUNSCH NACH EINEM BESSEREN LEBEN IST KEIN ASYLGRUND

Im Jahre 2015 erreichten uns Bilder von Menschen, die dem Ruf des Geldes folgten. Wenn 10 sichere Länder durchquert werden, dann geht es bei der Ankunft in Deutschland nicht mehr um Schutz vor Verfolgung. Die Menschen wollten auch in Ungarn keinen Schutz, es zog sie überwiegend nach Deutschland. So erreichten uns zuerst Bilder vom Budapester Hauptbahnhof, später von Menschen, die zu Fuß über die Autobahn gen Westen zogen. Einzig um „unschöne Bilder“ zu vermeiden, ließ die Kanzlerin diese Menschen – entgegen der Rechtslage – einreisen. Die Bundespolizei wartete vergeblich auf die Anweisung, sie zurückzuweisen. Für NRW bedeutet das seitdem eine Zuwanderung von etwa 400.000 Menschen, verbunden mit all den bekannten Problemen.

„Alle Menschen dort haben ein einziges Ziel – über die EU-Außengrenze nach Deutschland zu gelangen.“

Im Oktober 2021 erreichten uns ähnlich beunruhigende Bilder von der polnischen Ostgrenze. Zu sehen waren oftmals junge Männer, die gewaltsam die weißrussisch-polnische Grenze überschreiten wollten. Sie riefen „Germany!“ – womit erneut klar wurde, dass es nicht um Asyl, also um Schutz vor Verfolgung geht. Für diesen Schutz sind sie nicht freiwillig per Touristenvisum nach Weißrussland geflogen. Die Menschen riefen auch nicht „Polska“, was das EU-Ersteinreiseland wäre. Der polnische Grenzschutz schrieb auf Twitter: „Alle Menschen dort haben ein einziges Ziel – über die EU-Außengrenze nach Deutschland zu gelangen. Sie wollen keinen Schutz in Polen.“

Erneut machten Schlepper das große Geschäft und versprachen den Menschen einen einfachen Weg nach Deutschland. Viele, die sich auf diese Route begaben, stammen aus dem Irak. Um die Schlepper bezahlen zu können, verkauften sie teilweise all ihren Besitz. Der wichtigste Grund, die Heimat zu verlassen, ist die perspektivlose wirtschaftliche Lage. Diversen TV-Berichten war zu entnehmen, dass die Menschen erneut mit oftmals völlig falschen Vorstellungen in Deutschland ankommen. So erfüllt sich der Traum vom Eigenheim oder Studienplatz in der Regel nicht, stattdessen landen sie in der harten Realität, einer Sammelunterkunft und chancenlos auf dem hiesigen Arbeitsmarkt.

Die geringe sprachliche und berufliche Qualifikation vieler dieser Menschen zeigt sich beispielhaft am Ar-

beitsmarktprogramm „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ für junge Geduldete und Gestattete, das 2019 in NRW startete. Von knapp 5300 Personen konnten bis Mitte 2021 nur 55 in Arbeit vermittelt werden. 70 % konnten bei Eintritt in das Programm kein Sprachzertifikat vorweisen, 79 % verfügten über keine formale Berufsausbildung und 57 % über keinen Schulabschluss.

Spätestens seit 2015 lässt die Bundesrepublik Deutschland diese Form der Migration ungebremst zu. Zurückweisungen oder Zurückschiebungen werden grundsätzlich nicht vorgenommen, so auch wieder seit Oktober 2021 an der Grenze zu Polen. Wir reden vom Missbrauch des Asylrechts durch oftmals für den hiesigen Arbeitsmarkt völlig unqualifizierte Personen – das genaue Gegenteil einer gesteuerten, qualifizierten Zuwanderung.

Statt die Personen an der Ostgrenze unverzüglich zurückzuweisen, werden sie von der Polizei lediglich „eskortiert“ und den Erstaufnahmeeinrichtungen in Brandenburg zugeführt. Es erfolgt die Weiterverteilung an die Bundesländer nach dem Königsteiner Schlüssel: NRW ist mit ca. 21 % beteiligt. Die Landesregierung nimmt dieses Vorgehen erneut ohne Widerspruch hin und plant bereits die Aufstockung der Unterbringungskapazitäten.

Die Spätfolgen dieser Politik zeigen sich deutlich bei einer Betrachtung der Regelleistungsberechtigten in NRW: Von 1.500.000 stammen 17 % allein aus Syrien, Afghanistan, Irak und Iran.

Polen setzt erfolgreich alles daran, die EU-Außengrenze zu schützen – viele Migranten sind bereits wieder in ihre Heimatländer zurückgekehrt. Währenddessen fabuliert die neue Ampel-Koalition in Berlin davon, hunderttausenden Ausreisepflichtigen in Deutschland (allein in NRW etwa 75.000) schneller einen legalen Aufenthaltsstatus zu verschaffen und das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht weiter aufzuweichen. Damit fällt man unseren polnischen Nachbarn ohne Not in den Rücken und sendet nach Merkmals Ausscheiden aus dem Amt erneut fatale Signale in die Welt.



GABRIELE WALGER-DEMOLSKY, MdL
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDE
INTEGRATIONS- UND
KULTURPOLITISCHE SPRECHERIN

FLÜCHTLINGE AUF DEM WEG AN DEN GRENZÜBERGANG
KUZNICA BIALOSTOCKA-BRUZGI NACH POLEN, BELARUS, NOVEMBER 2021.
QUELLE: PICTURE ALLIANCE/DPA/SPUTNIK/VIKTOR TOLOCHKO

DIE VERTEIDIGER EUROPAS

Widerstand im Osten als Hoffnung für den Kontinent



LANDTAGSREDE
ZUR SITUATION
IN POLEN:



Das „Friedensprojekt Europa“ (gemeint ist die EU) gehört zu den abgedroschenen Phrasen der deutschen Politik und Mainstreammedien. Wie verlogen und durchsichtig diese Beschwörungen sind, zeigt regelmäßig der Umgang mit unseren Nachbarn im Osten. Vor allem gegenüber Polen und Ungarn schwenkt die Rhetorik der „glühenden Europäer“ schnell von Diplomatie auf Kanonenboot.

Der Verleger Stephan Holthoff-Pförtner (CDU), NRWs „Europaminister“, ist ein unrühmliches Beispiel für verbale Ausfälle gen Osten. Mit einem Ressort, in dem der Bund das Sagen hat, muss der dröge 73-Jährige sich anstrengen, wahrgenommen zu werden. Regelmäßig versucht er sich an Belehrungen oder gleich Drohungen: So ließ er sich im Oktober 2021 von den eigenen Zeitungen zitieren, man solle doch bitte Polen die EU-Fördermittel streichen.

Hintergrund: Das polnische Verfassungsgericht hatte entschieden, dass Teile des EU-Rechts nicht mit der Verfassung vereinbar seien. Das tat der Gerichtshof in Warschau so unabhängig, wie man es von Karlsruhe leider vergeblich erhofft. Europas „Rechts- und Wertegemeinschaft“ sei in Gefahr, so Holthoff-Pförtner. Solche Oberlehrerhaftigkeit trifft unsere östlichen Nachbarn auch sonst regelmäßig. Ironischerweise ist gerade das polnische Verfassungsgericht immer wieder Ziel der Angriffe: Nach einer Justizreform wurde ihm vorgeworfen, es sei nicht unabhängig genug und würde politisch besetzt.

Schaut man auf das Bundesverfassungsgericht, bekommt die Mäkelei einen faden Beigeschmack. Seit Jahren gilt in Karlsruhe strenger Parteienproporz, der Gerichtspräsident Harbarth ist CDU-Parteisoldat und das Gericht lässt sich auch noch regelmäßig im Kanzleramt bewirten. Da überrascht es nicht, dass alle Urteile zu den massiven Grundrechtsbeschränkungen der Corona-Politik sehr regierungsfreundlich ausfielen.

Den Ungarn geht es nicht viel besser als Polen: Viktor Orbán hat es zum Gottseibeius der EU gebracht. Zu den Vorwürfen aus dem Mund deutscher Altparteien gehört, Ungarns staatlicher Rundfunk sei nicht unabhängig – natürlich total anders als im Land von ARD und ZDF.

In Wahrheit tobt ein Kulturkampf: In Westeuropa breitet sich zusehends „woke“, spätrömische Dekadenz aus. Die Freiheit, die man nie selbst erkämpfen musste, weiß man nicht mehr zu schätzen, Traditionelle Ordnungsrahmen wie Nation und Familie werden verachtet und sollen am besten im allmächtigen Superstaat aufgehen. In den jungen Demokratien des früheren Ostblocks gilt überwiegend das Gegenteil.



ILLEGALE MIGRATION – DAS FOTO DES POLNISCHEN VERTEIDIGUNGS-MINISTERIUMS ZEIGT PATROULLIERENDE SOLDATEN DER POLNISCHEN STREITKRÄFTE IM NOVEMBER 2021 AN DER POLNISCH-BELARUSSISCHEN GRENZE IN KUZNICA, POLEN. QUELLE: GETTY IMAGES EUROPE/HANDOUT

Dort lebte man lange unter Moskaus „supranationaler“ Knute und ist überhaupt nicht geneigt, die früheren Herren durch neue in Brüssel zu ersetzen. Lange litt man bittere Not und weiß nun die Segnungen einer marktwirtschaftlichen Ordnung zu schätzen. Für planwirtschaftliche Träumereien à la „Green Deal“ hat man wenig übrig. Und auf einen Staat, der in die intimste Privatsphäre, Familie und Kindererziehung eindringt, verzichtet man gern: So ließ Orbán in die ungarische Verfassung schreiben, dass Mütter Frauen und Väter Männer sind. Vor wenigen Jahren wäre das trivial gewesen – in Zeiten der genderbewegten Erziehung, die unsere Kinder durchseucht, ist es bitter notwendig.

Schließlich kommen diese Staaten gar nicht darauf, ihr Land mit kulturfremden, unqualifizierten Migranten zu fluten. Statt gefühlsduseliger „Willkommenspolitik“ gilt klare Kante: Ungarn schloss die Balkanroute. Polen sichert seine Ostgrenze gegen den Ansturm illegaler Migranten, die überwiegend nur ein Ziel kennen: die deutschen Sozialkassen.

Eine moderne rechte Politik, die sich an deutschen Interessen ausrichtet, wird dementsprechend den Schulterchluss mit den Visegrád-Staaten suchen. Dort ist der europäische Gedanke noch lebendig und dort liegt die Hoffnung für eine Erneuerung des Kontinents. Unsere Aufgabe ist zu zeigen, dass es neben der „feministischen Außenpolitik“ einer Baerbock und der Großkotzigkeit eines Holthoff-Pförtners noch ein anderes Deutschland gibt, das gerne Partner ist.



SVEN W. TRITSCHLER, MdL
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER
EUROPAPOLITISCHER SPRECHER

INFLATION

DIE NEUE SOZIALE FRAGE

Die im Herbst 2021 gebildete Ampelkoalition im Bund hat es geschafft, dass im Finanz- und Sozialbereich der Mindestlohn wieder in aller Munde ist. Während sich Arbeitgeber beschweren, die SPD ihre vermeintlich soziale Politik feiert und die FDP sich die Wunden leckt, hat die Regierungspolitik insgesamt eins wieder geschafft: die Aufmerksamkeit vom eigentlichen Problem abzulenken. Wichtiger als die Frage „Was verdiene ich?“ ist: Was ist mein Einkommen wert bzw. was kann ich mir dafür kaufen? Diese Kaufkraftfrage wird zu selten in den Fokus gerückt. Die Abgabenlast ist vor allem für untere und mittlere Einkommen nach wie vor deutlich zu hoch – das wird kein Mindestlohn von 12 oder auch 15 Euro beheben. Daneben bleibt die schleichende Enteignung durch die Inflation. Zugegeben, wenn man wie Christine Lagarde als Präsidentin der Europäischen Zentralbank Chanel-Kostüme für mehrere tausend Euro trägt, ist dies sicher nicht im alltäglichen Leben spürbar.

Allerdings werden für eine ganz normale Familie, auch mit einem im amtlichen Duktus mittleren Einkommen, die einfachsten Dinge immer teurer bis hin zur Unfinanzierbarkeit. Allein von November 2020 bis November 2021 stieg die Inflationsrate auf 5,2 %. Das ist nicht nur abstrakt, sondern am Geldbeutel erfahrbar, wenn man tankt, einkauft oder eine aktualisierte Zahlungsaufforderung der Stadtwerke erhält. Je nach Bereich liegt die Teuerungsrate deutlich über dem Durchschnitt. Die Energie ist ein Paradebeispiel: Ganze 22 % teurer sind Strom, Gas und Heizöl Ende 2021 gegenüber 2020. Ein trauriger Rekord: Erdgas ist so teuer wie noch nie in Deutschland, 2020 waren es noch 5,47 Cent pro Kilowattstunde, im November 2021 schon ganze 8,83 Cent. Das gilt entsprechend auch für Kraftfahrzeuge: 2020 kostete Diesel noch 1,05 Euro, Ende 2021 dann unglaubliche 1,56 Euro. Sicher, das liegt nicht allein an der Inflation und ein Vergleich zu früheren Jahren ist nur ein grobes Indiz. Auch so schwachsinnige Erfindungen wie die CO₂-Steuer tragen ihren Teil bei. Dass aber allein ein Fünftel der Verteuerung auf die bewusste Geldentwertung zurückzuführen ist, das muss man im Kopf behalten.

Dieses Geld fehlt jedem, der nicht so viel wie ein Politiker verdient, an anderer Stelle. Wie eingangs beschrieben, versuchen aber genau diese Politiker Ihnen weiszumachen, sie würden mit dem Mindestlohn Ihre Probleme lösen. Dabei sind die Altparteien selbst, wie so oft, das eigentliche Problem. Die gleichen Politiker können sich übrigens ohne Probleme die Diäten erhöhen, offizielle Begründung: um eben mit der Preisentwicklung Schritt zu halten.

Der kleine Luxus, den sich jeder leisten können sollte, wird zunehmend zum Fass ohne Boden

Nominell hat man noch genauso viel Geld wie vor einem Jahr, faktisch gibt man überall mehr aus. Auch Besuche im Kino oder Restaurant – der kleine Luxus, den sich jeder leisten können sollte – werden zunehmend zum Fass ohne Boden. Von der Möglichkeit zu sparen, um für das Alter vorzusorgen, wollen wir gar nicht erst reden. Die Geld- und Niedrigzinspolitik der Zentralbanker in Designer-Klamotten macht auch das für Geringverdiener unmöglich. Die Europäische Zentralbank ist halt keine Deutsche Bundesbank vor Einführung des Euros mit Stabilitätskurs, sondern steht ganz in der inflationären Tradition von Banque de France und Banca d'Italia.

Es ist nicht nur der Alltag, der zunehmend unfinanzierbar wird. Die Altparteien entwerten durch ihre Politik auch die staatlichen Schulden, die sie für dies oder jenes Prestigeprojekt aufnehmen – zum Beispiel Christian Lindners Vorstoß, nicht genutzte Corona-Kredite in Höhe von 60 Milliarden Euro in einen Schattenhaushalt zu überführen. Gleichzeitig entwerten sie die Sparguthaben der einfachen Bürger, die für ihr Alter vorsorgen wollen. Ob das überhaupt verfassungsgemäß ist, wird das Bundesverfassungsgericht Karlsruhe klären müssen. Ja, nicht nur die freiheitliche Opposition der AfD, auch Verfassungsrechtler sahen Lindners Vorstoß kritisch. Wir haben allerdings keine große Hoffnung angesichts der aktuellen Richterauswahl, bei der sich die Altparteien die Posten zuschieben.

weiter ▶

QUELLE:
GRÜNDE HINTERGRUNDTXTUR: 123RF.COM, SWAVO
ELEMENT - EUROMÜNZE: : 123RF.COM, COPRID - ORIGINAL BEARBEITET



QUELLE:
GRUNGE HINTERGRUNDTXTUR: 123RF.COM, SWAVO

Die fleißigen Bürger dieses Landes dürfen nicht um ihr Ersparnes gebracht werden

Durch das sogenannte Nominalprinzip bei der Besteuerung sind wir Steuerzahler gezwungen, eine faktische Enteignung durch den Fiskus hinzunehmen: Erhalten Sie 5 % Gewinn auf eine Geldanlage bei 5 % Inflation, zahlen Sie Steuern auf einen Gewinn, der real gar nicht existiert. Grüne Lehrerinnen mit Ehemännern in wohldotierten Jobs, die ihr E-Bike über den veganen Wochenmarkt schieben, mag das weniger betreffen als Müllmänner oder Einzelhandelskaufleute. Genau deswegen muss sich hieran schleunigst etwas ändern. Die fleißigen Bürger dieses Landes dürfen nicht um ihr Ersparnes gebracht werden. Der Fiskus macht also auch bei der Inflation die Hand auf. Wir ersparen Ihnen hier bewusst eine Erörterung der politischen Perversion, dass der Staat Banken und Versicherungen, die ihm Geld leihen, gleichzeitig Vorgaben zur Geldanlage macht.

Bei all den schlechten Nachrichten stellen Sie sich nun sicher die Frage: „Wie kann ich dem entfliehen?“ Dazu muss von unserer Seite zunächst der obligatorische Hinweis folgen, dass wir keine Finanzberatung vornehmen. Was allerdings logisch auf der Hand liegt, ist Folgendes: Legen Sie das Bargeld unter Ihr Kopfkissen, so verliert es seinen Wert. Sie werden also für das Sparen von Bargeld bestraft. Genauso logisch wäre aber auch, sich eine Sparanlage zu suchen, die nicht permanent an Wert verliert. Gold und Silber in Münzen oder Barren kann man physisch wie auch virtuell erwerben. Man kann sie bei sich zu Hause oder bei der Bank einlagern. Auch risikoarme Fonds bieten eine recht zuverlässige Rendite. Eine dritte Möglichkeit wären die in letzter Zeit immer stärker ins Licht der allgemeinen Aufmerksamkeit gerückten Kryptowährungen. Bitcoin und Co. sind allerdings hochvolatil, so dass große Vorsicht geboten ist. Die Entscheidung dafür sollte immer relativ langfristig sein. Im Hinterkopf sollte man auch immer behalten, dass ein Totalverlust eintreten kann.

Die liberale Geldpolitik hat die Börsen boomen lassen und die Einkommen der Normalbürger entwertet

Sie können aber noch etwas ganz anderes tun: Schreiben Sie Ihre Abgeordneten im Bundestag, Landtag oder auch Europäischen Parlament an, insbesondere die des Altparteienkartells. Besuchen Sie deren „Sprechstunden“ im Wahlkreis. Erklären Sie bitte ganz

sachlich, was Preissteigerungen und die „TEURO“-Geldpolitik der Europäischen Zentralbank für Sie bedeuten. Fordern Sie sie auf dafür zu sorgen, dass in den Bundesbankvorstand und in die Europäische Zentralbank nur Personen berufen werden, die nicht für eine Enteignung der Sparer und kleinen Leute stehen. Der Bundesbankvorstand wird zur Hälfte durch den Bundesrat als Ländervertretung bestellt. Die liberale Geldpolitik hat die Börsen boomen lassen und die Einkommen der Normalbürger entwertet. Diese asoziale Politik muss beendet werden. Oder gehen Sie auf die Straße und demonstrieren friedlich gegen diese Politik! Die aktuellen Proteste gegen Zwangsimpfungen scheinen ja etwas Wirkung zu zeigen.

Die Landespolitik hat übrigens erheblich von der lockeren Geldpolitik profitiert. So sind die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer bundesweit von 14,08 Mrd. Euro im Jahre 2018 auf 16,06 Mrd. Euro im Jahre 2020 gestiegen.

Am Rande: Die CDU oder auch Medien mögen Ihnen Friedrich Merz als ach so neuen Chef und Finanzprofi vorstellen, der uns vielleicht ja doch zur „guten alten Zeit“ von Kohl und D-Mark zurückführen könnte. Merz war seit Anfang 2018 Laschets „Beauftragter der Landesregierung für die Folgen des Brexit und die transatlantischen Beziehungen“, wirkte als „Vermittler und Ansprechpartner für die britischen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen“ und umgekehrt. Wussten Sie das? Und haben Sie davon irgendetwas gemerkt in den letzten Jahren? Heiße Luft und nichts dahinter.

Ob nun Fonds, Edelmetalle oder Bitcoin oder am besten friedlicher politischer Aktivismus: Insgesamt sollten Sie darüber nachdenken, Ihr Geld vor Politikern in Sicherheit zu bringen. Der erste Schritt ist sicher die Wahl einer anderen Währung, in der man spart, der zweite Schritt die Wahl anderer Politiker.

Es gibt Alternativen zur etablierten Kartellpolitik der Geldentwertung. Die AfD-Fraktion wird das Thema Inflation im Februar-Plenum aufgreifen.



HERBERT STROTEBECK, MDL
HAUSHALTS- UND
FINANZPOLITISCHER SPRECHER

WOHLSTAND FÜR ALLE - das war einmal



Wohlstand für Alle war einmal und es ist diese Mitte-CDU, welche mit Erhards Versprechen gebrochen hat

Eine kluge Politik mehr den Wohlstand ihres Landes. Je wohlhabender ein Land ist, desto mehr Güter und Dienstleistungen können sich die Bürger leisten. In einer sozialen Marktwirtschaft bekommen die Bürger auch mehr Freiheiten, selbst zu entscheiden, welche Waren sie kaufen möchten. Doch unser Wohlstand nimmt rapide ab und wir spüren das als Verbraucher ganz direkt: Unser Geld ist immer weniger wert und die Produkte werden immer teurer.

Die Unkenrufe hat die Regierung nicht ernst genommen – und jetzt ist es genau so gekommen. Der Lockdown, die Kontaktbeschränkungen, die Gängelungen, der Testzwang und auch die Maskenpflicht haben gravierende Auswirkungen auf den Austausch von Gütern und Waren gehabt. Die Kundennachfrage und die Produktionskapazitäten wurden durch die Corona-Auflagen künstlich beschnitten. Angebot und Nachfrage wurden völlig aus dem Lot gebracht. Dadurch stiegen die Erzeugerpreise im Oktober 2021 um 18,4 % im Vergleich zum Vorjahr – das entspricht einer Preissteigerung, wie sie so seit 70 Jahren nicht mehr vorkam. Alle Experten waren sich einig: Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Erzeugerpreise auch auf die Verbraucherpreise umgewälzt werden. Das bedeutet in der Konsequenz: Die allgemeine Kaufkraft sinkt.

Die Bundesbank stellte eine Inflation von knapp 6 % für November fest. Doch alleine mit steigenden Verbraucherpreisen ist diese starke Geldentwertung nicht zu erklären. Es sind auch die ausufernden Rettungspakete und kostspieligen Konjunkturspritzen, mit denen die CDU-geführte Bundesregierung die Wirtschaft retten wollte. Mit einer „Bazooka“, so Merkels Kanzleramtsminister Helge Braun, sollten die Wirtschaftsprobleme gelöst werden. Dafür wollten sich die Politiker als Retter feiern lassen – nur haben sie damit die Wirtschaft selbst in die Bredouille gebracht. Die Corona-Hilfen reichen bei weitem nicht aus, um die wirtschaftlichen Schäden auszugleichen. Jeder Staat stößt dabei an die Grenzen des Machbaren.

Die Politik der Vernichtung von Öl und Gas zeigt Wirkung: Im Januar 2022 stieg die CO₂-Bepreisung weiter und die politische Ansage der Grünen wird die Genehmigung von North Stream 2 verhindern. Das weckt Erinnerungen an die zweite Ölkrise 1981. Damals lag die Teuerungsrate im Jahresschnitt bei 6,3 %. Der dama-

lige Preisanstieg fand bei ca. 38 US-Dollar/Barrel sein Maximum. Heute liegt der Preis über 78 US-Dollar/Barrel.

Auch an Baumaterial fehlt es, vor allem an Bauholz. Wir haben es Anfang 2021 gespürt. Was wir in unseren Poltern im Wald haben, ist größtenteils Kalamitätsholz. Solches Käfer- und Sturmholz ist von minderer Qualität. Auf welche Schnapsidee kommt nun die NRW-Landesregierung in dieser Holzkrise? Bauen mit Holz! Ja, jetzt wo Holz ein knappes Gut ist, soll möglichst viel damit gebaut werden. Damit wird die Nachfrage zu einer wirtschaftlichen Unzeit angekurbelt. Das ist widersinnig und der Verbraucher hat außer steigenden Preisen im Baumarkt für Holzprodukte überhaupt nichts von dieser Landespolitik.

Formen der gesonderten Besteuerung von Lebensmitteln, insbesondere von Grundnahrungsmitteln, sind abzulehnen

Gemäß dem Leitbild des mündigen Verbrauchers sollen die Bürger in ihrem Konsumverhalten nicht staatlich bevormundet werden. Deshalb sind Formen der gesonderten Besteuerung von Lebensmitteln, insbesondere von Grundnahrungsmitteln, abzulehnen. Aber es ist eben auch der ausdrückliche Wunsch von Frau Heinen-Esser, der Ministerin für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (und angeblich auch Landwirtschaft), dass der Verbraucher für das Fleisch mehr bezahlen muss. Fleisch soll künstlich verteuert werden, wobei es keine Rolle spielt, ob es den Tieren damit besser geht oder nicht.

Wir leben in einer Mangelwirtschaft mit Luftgeld. Wohlstand für Alle war einmal und es ist diese Mitte-CDU, welche mit Erhards Versprechen gebrochen hat. Anständige Politiker wenden Schäden ab, aber nicht diese CDU. Sie wirft den Rettungsring an Ertrinkende, welche sie zuvor vom Boot gestoßen hat.



DR. CHRISTIAN BLEX, MDL
LANDWIRTSCHAFT- UND
VERBRAUCHERSCHUTZPOLITISCHER
SPRECHER

INTERVIEW

mit unserem neuen Landesvorsitzenden
Dr. Martin Vincentz



Lieber Herr Dr. Vincentz, auf dem Parteitag am 5. und 6. Februar wurden Sie zum neuen Landesvorsitzenden der AfD Nordrhein-Westfalen gewählt. Hierzu erst einmal herzlichen Glückwunsch.

Vielen Dank!

Sie sind als Arzt ja nicht zuletzt durch die Corona-Krise in den letzten zwei Jahren einem größeren Publikum bekannt geworden. Hätten Sie gedacht, dass Gesundheitspolitik noch einmal so spannend sein würde?

(Lacht) Dass das Thema so in den Fokus rückt, hat wohl niemand vorher gedacht. Wobei ich die Gesundheitspolitik natürlich schon immer spannend fand, jetzt bin ich damit aber nicht mehr so allein. An Jens Spahn und Karl Lauterbach sieht man zudem, wie viel man in diesem Bereich falsch machen kann und wie erheblich die Auswirkungen dieser Fehler für unsere Gesellschaft sind.

Ohne zu sehr ins Detail zu gehen: Wo sehen Sie denn die wesentlichen Denkfehler der aktuellen Regierungspolitik in Bund und Land?

Derer gibt es nach zwei Jahren kopflosen Durchlaviens so viele, dass ich Sie zu lange hier in dem Termin binden würde. Aber zentrale Punkte sind wohl die offensichtliche Unfähigkeit, mit krisenhaften Situationen umzugehen und angemessen darauf zu reagieren, aber auch das Versagen, wissenschaftliche Erkenntnisse schnell und neutral zu erheben und eben nicht namhafte Institutionen für die politische Linie der Regierung zu instrumentalisieren. Am Ende ist der größte Fehler aber sicherlich, dass die Regierung in Land und Bund die Hybris besaß und besitzt, aus Regierungshandeln ein Atemwegsvirus zu besiegen. Da kann man am Ende nur festhalten: 1 zu 0 im Match lebloser RNA-Streifen gegen CDU, SPD, Grüne und FDP.

Und was würden Sie ändern, wenn Sie morgen Gesundheitsminister in NRW wären?

Wir müssen raus aus dieser Sackgasse aus Panikmache und offensichtlich nicht geeigneten Mitteln, um die Verbreitung des Virus zu unterbinden. Die Gesundheitspolitik kann und soll das System fit halten für solche Naturgewalten wie Pandemien, sie soll Betten und Kapazitäten vorhalten. Die Gesundheitspolitik soll aber nicht mit dem Finger auf Leute zeigen, sie wegen ihrem Verhalten beschimpfen oder unsere Grundrechte bis zur Unkenntlichkeit einschränken.

Das klingt ja nach einem interessanten Plan. Nun aber von der Hypothese zurück in die Realität: Sie haben ja gerade erst einen neuen Job angenommen. Was ist das erste Projekt, das der neue Landesvorsitzende in Angriff nimmt?

Nun, zunächst mal bin ich ja nicht allein, sondern habe ein tolles, frisch neugewähltes Team an meiner Seite, mit dem ich jedes Projekt plane. Das wichtigste dieser Projekte ist im Jahr 2022 zweifellos die Landtagswahl am 15. Mai.

Gerade in den letzten zwei Jahren hat sich gezeigt, wie wichtig eine echte Oppositionskraft im Landtag ist. Die hätte es ohne die AfD nicht gegeben. Die etablierten Parteien mögen vielleicht nicht unseren Anträgen zustimmen – sie stellen aber in bemerkenswerter Regelmäßigkeit Anträge mit gleichem oder ähnlichem Inhalt nur ein paar Monate später. Zudem legen wir Missstände offen, sorgen für Transparenz und scheuen uns nicht, den Finger immer wieder in die Wunde zu legen. Ich bin mir sicher, mit unserem Spitzenkandidaten Markus Wagner und dem Wahlkampfmanager Andreas Keith sind wir da gut aufgestellt und werden sicher mit einem starken Ergebnis wieder einziehen.

Die Oppositionsarbeit im Landtag dürfen Sie ja auch mit einem beeindruckenden Ergebnis auf Listenplatz 2 fortsetzen. Über 90 % der Delegierten sprachen Ihnen im Oktober hierfür das Vertrauen aus. Ihre beliebten Reden im Landtag werden Sie also aller Voraussicht nach auch in den nächsten fünf Jahren halten dürfen. Doch wieso geht es nun von der Fach- in die Parteipolitik?

Ganz neu ist mir diese Parteipolitik tatsächlich nicht. Im Kreisvorstand, als Bezirksvorsitzender, aber genauso auch als Leiter des Fachausschusses Gesundheit und Sport konnte ich bereits viele wertvolle Erfahrungen im Bereich der Verbandsarbeit sammeln. Ich glaube, die AfD in NRW hat viele gute Grundlagen, auf denen man aufbauen kann.

Ich will als Landesvorsitzender noch mehr den Aspekt der Bürgerpartei betonen. Die Bürger, die in friedlichem Protest ihren Unmut über die Einschränkungen ihrer Grundrechte zum Ausdruck bringen, müssen wissen, dass die Alternative für Deutschland ihre Stimme in den Parlamenten ist. Ich möchte, dass wir schlanke Strukturen haben, die sich nicht nur selbst verwalten. Dazu gehört ein effizienter Landesvorstand, der mit den Mitgliedern in regelmäßigem Austausch steht. Zu diesem Zweck plane ich nicht nur die Landesvorstandssitzungen häufiger digital auszurichten, ich möchte auch digitale Sprechstunden für alle Mitglieder ausrichten. So soll jeder seine Ideen einbringen können.

Also: Präsenz vor Ort, Transparenz und Mitbestimmung und schlanke, funktionale Strukturen sind das innerparteiliche Hauptaugenmerk des neuen Landesvorstands. Ich möchte den Generationenwechsel im größten Landesverband der AfD für alle Mitglieder gewinnbringend gestalten.

Das klingt nach ehrgeizigen Plänen. Sie sind Abgeordneter des Landtags, jetzt Landesvorsitzender und ganz nebenbei ja auch Vater eines kleinen Mädchens. Bleibt bei diesen Verpflichtungen überhaupt noch Zeit für ein Privatleben?

(Schmunzelt) Ich bringe meinen bescheidenen Teil als Vater ein und versuche, jede freie Sekunde mit meiner Familie zu verbringen. Meine Frau ist Kinderärztin und damit selbst beruflich sehr erfolgreich. Dabei gelingt es uns gemeinsam gut, den terminreichen Alltag zu meistern, indem wir uns wechselseitig immer unterstützen.

Die Partei ist sicher ein zeitaufwendiger Job, aber es ergeben sich auch viele Synergie-Effekte. Ich stehe im Landtag in regelmäßigem Austausch mit Mitgliedern aus ganz NRW. Zudem telefoniere ich spätestens seit der Corona-Krise jeden Tag mehrere Stunden mit Parteifreunden aus ganz Deutschland. Politik ist ein Vollzeitjob, den ich mit ganzer Leidenschaft mache.

Was ist Ihr Wunsch für das Jahr 2022?

Ich wünsche mir, dass wir nun alle gemeinsam einen starken Landtagswahlkampf gestalten. Weder Thomas Kutschaty noch Hendrik Wüst kann man guten Gewissens in das mächtigste Amt des Landes wählen. Da braucht es die Alternative. Das ist es, was wir den Bürgern in den nächsten Monaten klar machen müssen.

Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz.

MAXIMILIAN KNELLER



RÜCKKEHR NACH SIEGEN

Am 5./6. Februar traf sich die AfD NRW zu ihrem ordentlichen Landesparteitag in Siegen. Die Delegierten hatten ein straffes Programm: Vorstand, Schiedsgericht und Konventsmitglieder neu wählen und ein Programm verabschieden, mit dem es in den Landtagswahlkampf geht. In harmonischer Atmosphäre wurde Dr. Martin Vincentz (Mdl) als neuer Vorsitzender gewählt. Im Vorstand sind insgesamt fünf Mitglieder aus dem alten Vorstand.

Der Parteitag verlief so reibungslos, dass die Presse überrascht schien.

Die Anreise war für die meisten Delegierten aufwendig: Die gesperrte Talbrücke Rinsdorf musste weiträumig umfahren werden und sorgte für Verdruss wie sonst täglich für Arbeitnehmer. Trotzdem konnte der Parteitag pünktlich beginnen.

Als Stellvertreter des neuen Vorsitzenden Dr. Martin Vincentz wählten die Delegierten Sven Tritschler, Jörg Schneider und Kay Gottschalk.

Tritschler war Landes- und Bundesvorsitzender der Jungen Alternative und ist Ehrenvorsitzender in NRW. Im Landtag macht er regelmäßig mit pointierten Reden und Aktionen wie dem „Grundfunk“ von sich reden. Jörg Schneider sitzt bereits seit 2017 im Bundestag. Nach seiner Wiederwahl 2021 war er sogar als Vorsitzender des

Gesundheitsausschusses im Gespräch. Die etablierten Parteien verweigerten der AfD jedoch in bekannter Manier die ihr zustehenden Ämter.

Kay Gottschalk erging es besser: Er wurde 2020 Vorsitzender des vielbeachteten Wirecard-Untersuchungsausschusses. Fraktionsübergreifend wurde er für seine vermittelnde Art geschätzt, die er nun in den Landesvorstand einbringen kann. Mit Schatzmeister Heinz Burghaus und den Beisitzern Andreas Keith, Knuth Meyer-Solthau und Heliane Ostwald kamen vier „alte Hasen“ hinzu. Auch mit Dr. Christian Blex und Jürgen Spennath kehrten bekannte Gesichter zurück, neben den Neuen Iris Dworeck-Danielowski und Dr. Hans Neuhoff.

Am Sonntag wurde der Programmentwurf der Landesfachausschüsse beraten. In engagierten wie fairen Debatten einigte man sich darauf, dass innere Sicherheit, finanzpolitische Vernunft, individuelle Freiheit und Selbstbestimmung sowie der Schutz der Bürgerrechte Markenkern der AfD bleiben sollen. Die AfD NRW setzt das deutliche Signal:

WIR SIND BEREIT FÜR DEN WAHLKAMPF!

MAXIMILIAN KNELLER

HERAUSGEBER:

Landesvorstand des AfD Landesverbands NRW
Klaus Esser · Landesgeschäftsführer

Gladbecker Straße 5 · 40472 Düsseldorf
Tel.: 0211 545 589 50 · Web: www.AfD.nrw

V.i.S.d.P.: Klaus Esser
(Anschrift siehe Adresse des AfD Landesverbands NRW)

AfD-Großflächenplakate – wo Sie wollen!

Zur NRW-Landtagswahl 2022 gibt's die Alternative für Deutschland flächen-deckend. Mit einem Großflächenplakat machen Sie die AfD sichtbar. Bei Ihnen vor Ort. Schon ab 100 Euro.

- 1 Online Wunschstandort wählen.
- 2 Zeitraum festlegen.
- 3 Motiv aussuchen. Fertig!



Schnell Plätze sichern!

Jetzt auf plakatspende.afd.nrw gehen oder den QR-Code scannen und sofort loslegen!

Jeder Euro zählt!

AfD Landesverband NRW

Bank Sparkasse Iserlohn

IBAN DE92 4455 0045 0006 0718 80

BIC WELADED1ISL

+ Der Staat verdoppelt Ihre Spende!

+ Sie erhalten einen Steuervorteil!
(Adresse im Verwendungszweck angeben!)

NATURBURSCHE, SPORTLER und eigentlich kein Politiker

PORTRÄT

Im Gespräch mit **Andreas Keith**

Andreas Keith ist kein typischer Politiker. Zu diesem Schluss kommt man schnell, wenn man versucht, ihn zu porträtieren. Eher zurückhaltend und bescheiden, lieber im Hintergrund als vorne, lieber handfeste Arbeit als großes Gerede.

Doch von vorne: Andreas Keith ist von Anfang an dabei. Er ist Gründungsmitglied der AfD und half jahrelang als ehrenamtlicher Geschäftsführer des Landesverbands NRW beim Aufbau der Partei. Seit 2017 vertritt er die Bürger im Landtag. Wer die Fraktion in den sozialen Medien verfolgt, stellt schnell fest: Keiths Reden sind stets bestens ausgearbeitet. Er verfügt über umfangreiches Tiefenwissen in den ihm anvertrauten Bereichen, auch als Mitglied im Sportausschuss und Umweltausschuss. Er hat sich seit langem in Sportvereinen engagiert und bringt diese Erfahrung nun konkret in die Politik ein. Als Parlamentarischer Geschäftsführer und zugleich über drei Jahre lang als Fraktionsgeschäftsführer ist der 54-Jährige in nahezu alles involviert, was in und um die Fraktion passiert. Trifft man ihn auf dem Landtagsflur, ist er fast immer auf dem Weg zu einem Termin. Seine Arbeit ist nicht sonderlich öffentlichkeitswirksam, aber gerade deswegen wichtig. Andreas Keith ist, um den Fußballsport zu bemühen, eher der Vorlagengeber – wie jeder Fan weiß: Ohne gut organisiertes Mittelfeld lassen sich keine Tore schießen. Über seine Leidenschaft zum Fußball redet Keith aber aktuell leider nicht so gerne.

Das liegt vielleicht auch daran, dass sich sein Herzensverein sportlich eher schwertut in der 3. Liga: „Der 1. FC Kaiserslautern ist für die Menschen in der Pfalz mehr als nur ein Sportverein. Seit dem Abzug eines Großteils der amerikanischen Streitkräfte und der Schließung

von großen Betrieben wie Pfaff haben sich die Menschen noch mehr an den FCK als großes verbindendes Glied geklammert. Da tut die Drittklassigkeit besonders weh. Das verbindet uns ein wenig mit den Menschen im Ruhrgebiet.“

In Keiths aktiver Sportzeit war neben dem Fußball die Leichtathletik seine große Leidenschaft, insbesondere der Mehrkampf und die 400 Meter Hürden. In den 1980er Jahren wurde er mehrfach Jugendmeister im Zehnkampf, 400 Meter Hürden und der 400-Meter-Staffel. Für den Wahl-Leverkusener gehört dazu mehr als die reine körperliche Betätigung: „Viele Werte aus dem Sport möchte ich in der Politik wieder kultivieren: Fairness, Respekt und den Ehrgeiz, gemeinsam das Beste zu erreichen.“

Das ist auch heute noch Keiths Stärke: Vielseitigkeit und die Neugier, Neues auszuprobieren

Wenn man Andreas Keith fragt, warum es ihm gerade die 400-Meter-Strecke angetan hatte, spürt man die alte Leidenschaft: „Sie galten als Männermörderstrecke, weil man sie wie einen 100-Meter-Lauf angeht: Vollsprint mit Hindernissen. Zum Mehrkampf kam ich durch Zufall. Ein Vereinskamerad fragte mich, ob ich auch einmal den Speer werfen wollte. Beim ersten Wurf kam ich deutlich über 50 Meter. Der Trainer unseres Mehrkampfteams beobachtete uns und fragte mich, ob ich nicht Lust hätte, mal was auszuprobieren. Wir absolvierten fast alle Stationen. Am Ende zählte er die Punkte zusammen und ich war Mitglied der Mehrkampfmannschaft.“ Das ist auch heute noch Keiths Stärke: Vielseitigkeit und die Neugier, Neues auszuprobieren.

Viele Werte aus dem Sport möchte ich in der Politik wieder kultivieren: Fairness, Respekt und den Ehrgeiz, gemeinsam das Beste zu erreichen.

◀ Noch heute arbeite ich gerne im Wald mit Motorsäge und Axt. Den Wald pflanzen, hegen und ernten ist eine wunderbare Arbeit. ▶



„Mein großes Vorbild war Daley Thompson, einer aus der Arbeiterklasse, der sich durch hartes Training nach oben gearbeitet hat.“

Fragt man Andreas Keith nach Idolen seiner Jugend, berichtet er: „Mein großes Vorbild war Daley Thompson, einer aus der Arbeiterklasse, der sich durch hartes Training nach oben gearbeitet hat. Ähnlich wie bei mir: Ich musste für alles immer ein bisschen länger und härter trainieren. Das, was mir an Talent fehlte, musste ich mit Willen, Disziplin und Fleiß kompensieren. Eigenschaften, die mir heute gerade auch in der Politik sehr helfen. Als Parlamentarischer Geschäftsführer bist du jeden Tag im Landtag, bist Krisenmanager, Ansprechpartner für die Verwaltung, die anderen Landtagsfraktionen und das Parlamentsbüro. Parlamentsferien spielen dabei genauso wenig eine Rolle wie Wochenenden. Krisen halten sich eben nicht an Terminkalender.“

Dabei sah zunächst nichts im Leben von Andreas Keith danach aus, dass er Politiker sein würde. Aufgewachsen ist er in der beschaulichen, durch Land- und Forstwirtschaft geprägten Pfalz auf einem Obst- und Weinhof. Nach der Schule lernte er erst Forstwirt und dann Forsttechniker. Er arbeitete zunächst im Familienbetrieb, später in verschiedenen Betrieben und Positionen, unter anderem als Vertriebsleiter einer

Social-Media-Agentur. Auf die Frage, was er aus der Forst- und Landwirtschaft vermisst, gibt Keith zu Protokoll: „Das mit Abstand Schönste an meinem Beruf ist der ständige Kontakt zur Natur. Entspannung finde ich heute noch im Wald beim Wandern. Die Ruhe und das langsame Wachsen der Bäume entschleunigen und zeigen auf, dass nicht alles von heute auf morgen geht und was entstehen kann, wenn man sich auch mal etwas Zeit nimmt. Noch heute arbeite ich gerne im Wald mit Motorsäge und Axt. Den Wald pflanzen, hegen und ernten ist eine wunderbare Arbeit, die mir heute noch viel Freude bereitet. Leider habe ich für all das viel zu wenig Zeit.“

Der zweifache Familienvater ist ein Teamspieler, den man in der etablierten Politik lange suchen würde

Andreas Keith verbringt heute noch einen Großteil seiner Freizeit im Grünen und setzt sich auch im Landtag für pragmatischen Naturschutz ein. Mit seiner ruhigen, besonnenen Art wird er hier sehr geschätzt. Der zweifache Familienvater ist ein Teamspieler, den man in der etablierten Politik lange suchen würde. Die Hürden, die er im Landtag seit 2017 übersprungen hat, waren oft höher als die über 400 Meter. Er hat beide gemeistert.

MAXIMILIAN KNELLER

RECHT, ORDNUNG UND GESETZ

DIE GRUNDLAGEN

UNSERES FREIHEITLICHEN RECHTSSTAATES

Unser Rechtsstaat gehört zu den größten Errungenschaften der abendländischen Geschichte. Ihn zu bewahren und auszubauen, muss unser Ziel sein.

Leider erodiert aber das Vertrauen zu vieler Bürger mit Blick auf den real-existierenden Rechtsstaat. Das hat verschiedene Gründe, wie folgende Beispiele zeigen.

Wer wie Georg Thiel gar keinen Fernseher besitzt und dafür natürlich keine Zwangsgebühr entrichten will, der kommt in Beugehaft. Wer aber im Görlitzer Park mit Drogen dealt, der bekommt – man fasst es nicht – sogar ein Denkmal. Wer an der frischen Luft, an der man sich nicht wirklich anstecken kann, ohne Maske läuft, der wird schon wieder bestraft. Wer aber an derselben frischen Luft als Gruppe „sogenannter junger Männer“ Straßen und Plätze besetzt und dort Angst und Schrecken verbreitet – den lässt der Staat zu häufig einfach gewähren. Wer mal vergisst, ein paar Euro Steuern zu bezahlen, der wird zwangsvollstreckt und muss zur Not in den Knast. Wer dagegen bei der Einreise in unser Land über seine Identität lügt, der erhält Sozialleistungen und eine Wohnung auf Kosten genau dieser Steuerzahler. Oder nehmen wir den gut integrierten türkischstämmigen Taxifahrer: Ist er mal ein paar Kilometer zu schnell und wird geblitzt, dann wird vollstreckt. Aber seinen Nachbarn, der für irgendeinen Clan unterwegs ist, den lässt man davonkommen.

Das sind alles ganz praktische Beispiele. Hier ist noch gar nicht die Rede vom Verletzen unserer Verfassung und der Europäischen Verträge, wie es in unzähligen

Gerichtsentscheidungen festgestellt werden musste. Aber es geht eben im Kleinen los, etwa damit, wie man den Haushalt für das Innenministerium aufstellt. Hier besteht die Möglichkeit, das Vertrauen in den Rechtsstaat zu erhöhen oder weiter abzubauen. Im Gegensatz zur Landesregierung haben wir als AfD mit 12 Änderungsanträgen klargestellt, wer für die Sicherheit der Bürger steht.

Über Jahrzehnte haben CDU, SPD, Grüne und FDP unsere Polizei kleingespart. Sie haben sie personell im Stich gelassen. Sie haben ihr das Weihnachtsgeld gestrichen. Sie haben ihr das Urlaubsgeld genommen. Oben drauf „dürfen“ unsere Polizisten auch noch eine Überstunde nach der nächsten schieben. Damit muss endlich Schluss sein! Es bedarf endlich eines klaren und eindeutigen Willens, sich vollumfänglich für unsere Polizei und damit für die Sicherheit von uns allen einzusetzen!

Als AfD haben wir eine klare Analyse, weil wir auf die Polizisten und Polizeigewerkschaften hören, weil wir ihnen zuhören. Und wir haben ein Konzept, einen Plan und eine Vorstellung davon, wie wir die Innere Sicherheit wieder gewährleisten werden. Und damit hat der Bürger auch im Bereich der Inneren Sicherheit die Wahl. Zu allererst müssen wir uns dafür die personelle Situation ansehen. Um konkrete Zahlen zu nennen: Das Land

NRW hat gerade einmal 41.000 Polizisten für über 18 Millionen Einwohner. Wir benötigen aber, da sind wir uns als AfD mit dem Bund Deutscher Kriminalbeamter einig: 60.000! Das ist nicht nur einfach eine Zahl, sondern bedeutet ganz konkret mehr Sicherheit für unser Land.

NRW hat viel weniger Polizisten pro Kopf als etwa Bayern. Wie können CDU, Grüne, SPD und FDP der Meinung sein, das sei in Ordnung? Dass wir in Essen, Duisburg oder Köln weniger Sicherheitspersonal haben als in München, Aschaffenburg oder Landshut? Für uns als AfD ist das nicht in Ordnung! Deshalb haben wir die zusätzliche Einstellung von Kommissaranwärtern beantragt. CDU, SPD, Grüne und FDP haben das als Kartell abgelehnt.

Mit uns hat jeder Polizist, jede Polizistin im Schichtdienst 200 Euro monatlich mehr in der Tasche - das ist echte Wertschätzung

Natürlich müssen wir diejenigen, die uns schützen, auch vernünftig bezahlen. Denken Sie nur an die vielen Beamten in Wechselschicht. Was heißt das praktisch? Diese Polizisten kommen mal erst morgens in der Früh nach Hause, dann mittags und am nächsten Tag abends. Ohne eigene Erfahrung ist es schwer sich vorzustellen, was das für den Schlaf und den Rhythmus des Einzelnen, aber auch für die Familien bedeutet. Das betrifft auch die Zufriedenheit im Job und im Leben insgesamt. Das muss entsprechend von einer Regierung realisiert werden, wenn sie sich denn um die Attraktivität des Berufsbildes sorgt. Wir haben folgerichtig beantragt, die Wechselschichtprämie endlich zu erhöhen. Mit uns hat jeder Polizist, jede Polizistin im Schichtdienst 200 Euro monatlich mehr in der Tasche. Das ist echte Wertschätzung. Das Gleiche soll auch für die Kollegen der Bereitschaftspolizei und die Ausbilder unserer jungen Kommissaranwärter gelten.

Aber auch zu diesen Anträgen gab es nur eins von CDU, FDP, Grünen und SPD: ein geschlossenes Nein! Dreimal keine Wertschätzung für die Arbeit dieser Beamten. Lieber geben die Altparteien jeden Tag Millionen für Firlefanz aus, für unsinnige Integrationsprojekte, teure Gender-Lehrstühle – aber für die Polizei, für unsere Bürger und die Sicherheit unseres Landes, dafür gibt es von den Etablierten nur Ablehnung.

Die selbsternannten Klimaaktivisten sprechen mittlerweile offen von einer neuen RAF, drohen also ganz offen mit Terror. Trotzdem wurde unser Antrag, endlich auch das Feld des Linksextremismus polizeilich besser zu bearbeiten, abgelehnt – auch von CDU und FDP. Das ist mehr als unschön. Aber das Schöne ist ja: Der Bürger hat die Wahl.

Wer will, dass die Polizei Überstunden schiebt, NRW 19.000 Polizisten zu wenig hat und dass sich daran auch nichts ändert – der hat CDU, Grüne, SPD und FDP. Wer hingegen dafür ist, dass wir die Innere Sicherheit endlich vollumfänglich gewährleisten, dass wir die Polizisten anständig bezahlen – der hat uns, die AfD. Wer kriminelle und illegale Ausländer im Regelfall im Land belassen möchte, der hat CDU, FDP, SPD und Grüne. Wer hingegen an den guten Ruf der hier wohl assimilierten Menschen ausländischer Herkunft denkt, wer den freiheitlichen Rechtsstaat für wichtiger erachtet als die sogenannte „politische Korrektheit“, der hat uns. Wer die Polizei dafür einsetzen will, Kinder vom Schlitten und Rentner von der Parkbank zu vertreiben, wie die Bürger das wegen unsinnigen Corona-Maßnahmen erleben mussten, der hat Schwarz, Grün, Rot und Gelb. Wer die Polizei hingegen lieber auf echte Verbrecherjagd gehen lässt, der hat – Sie ahnen es – die AfD.

Wir wollen, dass jeder Mann, jede Frau auch nachts in Sicherheit mit der U-Bahn nach Hause kommt

Friedrich Merz stellt fest, dass die AfD die Partei der Polizisten und Soldaten ist. Ja, das sind wir. Uneingeschränkt. Wir sind es, weil wir die Arbeit der Frauen und Männer schätzen, die für unsere äußere und innere Sicherheit sorgen wollen. Für uns steht die Sicherheit der Bürger an erster Stelle. Wir wollen, dass jeder Mann, jede Frau auch nachts in Sicherheit mit der U-Bahn nach Hause kommt.

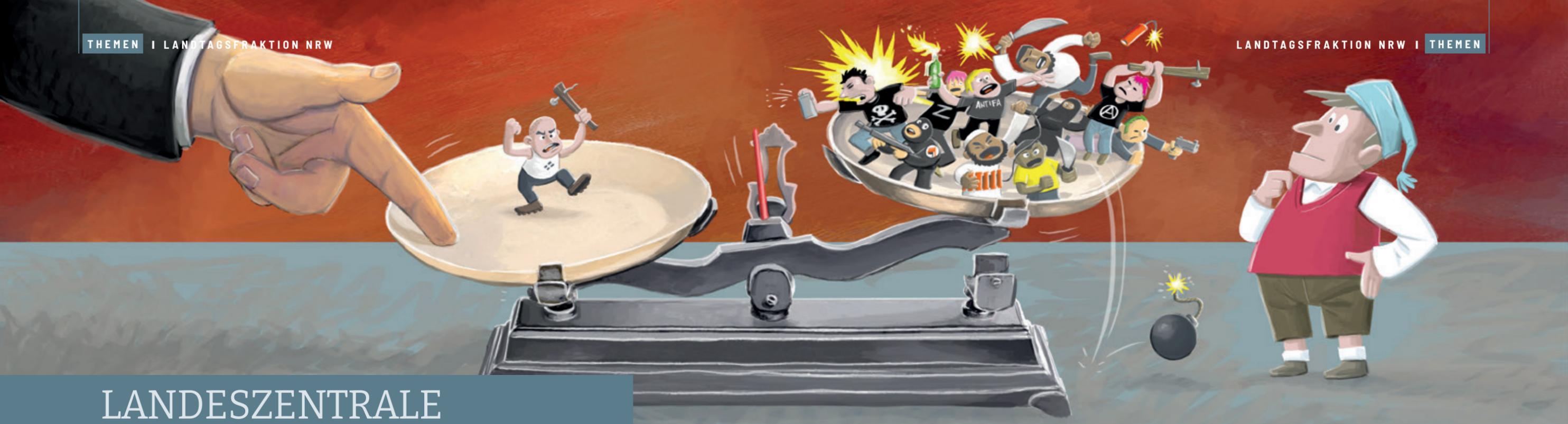
Wir wollen, dass wir in unseren Innenstädten zu jeder Uhrzeit durch jede Straße, über jeden Platz laufen können, ohne uns unsicher fühlen zu müssen.

Wir wollen unsere Grenzen intelligent schützen, um einreisenden Verbrecherbanden ihre kriminelle „Arbeit“ endlich zu erschweren. Egal, ob Marokkaner aus den Niederlanden, die hier Geldautomaten in die Luft sprengen, oder Einbrecher vom Balkan, die es auf unsere Wohnungen abgesehen haben.

All das halten wir nicht für „rechtspopulistisch“, sondern für normal.



MARKUS WAGNER, MDL
FRAKTIONSVORSITZENDER
INNEN- UND SICHERHEITSPOLITISCHER
SPRECHER



LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG – SCHEIN UND SEIN

Die Landeszentrale für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen hat einen großen politischen Einfluss auf die Bürger, denn sie soll das demokratische Bewusstsein und die politische Mündigkeit der Bürger ausgewogen und überparteilich fördern. Daher lohnt es sich kritisch zu hinterfragen, ob die Behörde ausgewogen agiert. Heute wirkt die Regierung tonangebend auf Personal und Inhalte ein. Zudem sichern sich die regierungstragenden Parteien im Landtag ihren Einfluss durch die Bewilligung von Haushaltsmitteln. Unter dem Motto „Demokratie leben“ sieht die Behörde ihre Aufgabe in der Vermittlung der Grundwerte der Demokratie. Gleichzeitig benennt sie als eine Kernaufgabe die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Dass der „Kampf gegen Rechts“ den Schwerpunkt der Landeszentrale darstellt, zeigt sich z. B. darin, dass der Landeshaushalt für 2022 erneut keinen eigenen Haushaltstitel „Beratungsleistungen gegen Linksextremismus“ vorsieht, ebenso wenig gegen den Islamismus. Zum Salafismus sieht der Haushalt immerhin einen Betrag von 250.000 Euro vor. Ein dementsprechend unausgewogenes Bild bietet sich auf dem Internetauftritt der Landeszentrale www.politische-bildung.nrw.de:

32 Treffer ergibt eine Suche nach dem Begriff „Rechtsextremismus“, es gibt immerhin 13 Mal zu „Islamismus“, aber nur 5 Treffer zum Thema Linksextremismus.

Nun lässt sich darüber streiten, ob die Publikationszahl austariert sein muss, um politische Ausgewogenheit zu gewährleisten. Wichtig ist doch, dass alles auf der Agenda steht, was getan werden muss, wenn also die gesellschaftlich relevanten Themen im Fokus der Bildungsarbeit stehen. Wem diese Zielsetzung wichtig erscheint, wird enttäuscht, denn die Landeszentrale lässt bei ihren Projekten und Publikationen erstaunliche Lücken erkennen.

Die sogenannten „Grauen Wölfe“ tauchen beispielsweise gar nicht auf. Gemeint sind die Anhänger der „Ülkücü“-Bewegung, deren Erkennungszeichen der „Wolfsgruß“ ist. Dabei warnen Verfassungsschützer seit Jahren vor der rechtsextremen, türkisch-nationalistischen Bewegung, die seit Jahrzehnten auch in Deutschland existiert. Mit schätzungsweise über 18.000 Mitgliedern dürfte sie die stärkste rechtsextreme Organisation in Deutschland sein. Im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für 2020 wird im Kapitel „Auslandsbezogener Extremismus“ über Seiten de-

tailliert beschrieben, wie die „Grauen Wölfe“ agieren: Über unterschiedliche Vereinsangebote (zum Beispiel Sport, Nachhilfe) gelingt es ihnen, diverse Zielgruppen und gerade auch deutsche Kinder und Jugendliche mit türkischen Wurzeln anzusprechen. Die Verfassungsschützer bescheinigen den „Grauen Wölfen“ ein extremistisch-nationalistisches Gedankengut, welches sich gegen das friedliche Zusammenleben der Völker richtet – Grund genug für den Verfassungsschutz, diese Gruppierung zu beobachten.

Wer meint, dies sei geradezu das Signal für die Landeszentrale, sich der Sache proaktiv anzunehmen, der irrt sich: Ein Projekt oder eine Publikation zu den „Grauen Wölfen“ sucht man vergeblich auf der Homepage. Die Behörde hat bezüglich der Bildungsarbeit und Themenauswahl andere Vorstellungen. Diese „Wölfe“ stellen kein eigenständiges Arbeitsfeld dar, so die Antwort der zuständigen Ministerin für Kultur und Wissenschaft auf unsere Nachfrage in den Haushaltsberatungen. Der Hinweis der Ministerin, dass das Thema im Rahmen der klassischen Beratungsarbeit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus behandelt wird, sofern entsprechende Unterstützungsanfragen kommen, wirkt wie ein Ablenkungsmanöver, das die Untätigkeit scheinheilig verschleiern soll.

Dabei gilt es, alle Phänomene des politischen und religiösen Extremismus genau zu beobachten

Die Aktivitäten beim auslandsbezogenen Rechtsextremismus sind also offensichtlich lückenhaft. Die Behörde ist damit nicht nur auf dem linken Auge blind,

sondern auch bei ihrer Kernaufgabe, dem „Kampf gegen Rechts“, unzureichend aufgestellt. Dabei gilt es, alle Phänomene des politischen und religiösen Extremismus genau zu beobachten. Eine Landeszentrale für politische Bildung, die sich nicht ausgewogen auf die Bekämpfung aller Extremismusphänomene konzentriert, setzt sich unweigerlich dem Vorwurf aus, die politische Mündigkeit des Bürgers aus den Augen zu verlieren. Dies beinhaltet, dass man sich umfassend informieren und über politische Sachverhalte ein unabhängiges Urteil bilden kann. Die Landeszentrale wäre gut beraten, bei der Extremismusbekämpfung dem Linksextremismus und Islamismus mehr Beachtung zu schenken. Angesichts der aufgezeigten Schwächen wird sie wohl kaum dem Vorwurf der unausgewogenen Bildungsarbeit entgegenreten können. Eher wird der Vorwurf des Wegschauens laut. Für die Behörde ist das eine fatale Entwicklung, denn wie soll Vertrauen in eine umfassende und ausgewogene Bildungsarbeit entstehen, wenn gesellschaftlich relevante Themen nicht angemessen berücksichtigt werden?

Wer sich allein auf den „Kampf gegen Rechts“ konzentriert, läuft Gefahr, einer ideologischen Schiefelage Vorschub zu leisten. Daher ist die Behörde gut beraten, ihr eigenes Wirken kritisch zu hinterfragen und ihr Programm auf den Prüfstand zu stellen.



ANDREAS KEITH, MdL
PARL. GESCHÄFTSFÜHRER
SPORT- UND FORSTPOLITISCHER SPRECHER

BRÖCKELT DIE GEWALTENTEILUNG?

EIN SCHELM,
WER BÖSES DABEI DENKT!



Wir leben in Deutschland in einem demokratischen Rechtsstaat. Die staatliche Gewalt wird in Gesetzgebung, Verwaltung und Gerichtsbarkeit eingeteilt. Dies ist in einem demokratischen Rechtsstaat zwingend notwendig, damit die einzelnen Staatsgewalten die jeweils anderen Gewalten kontrollieren können und sie ihre Kompetenzen nicht dauerhaft überschreiten oder sogar missbrauchen können.

Damit unterscheiden wir uns diametral vom Staatssystem im Nationalsozialismus, das dem Führerprinzip folgte. So wurde unter anderem in der nationalsozialistischen Rechtswissenschaft gelehrt, „daß im nationalsozialistischen Staat Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz nicht gegeneinanderstehen, sondern (nur verschiedene) Tätigkeitsgebiete desselben Organismus sind, mithin die Justiz politische Handlungen des Staates nicht vom Grundgedanken einer anderen Betrachtungsweise aus verneinen kann.“ Die Rechtsprechung im Nationalsozialismus folgte dieser Auffassung recht schnell. So stellte bereits das Hamburgische Verwaltungsgericht in seinem Urteil vom 07. Oktober 1935 fest: „Die schrankenlose Rechtsauffassung des liberalen Staates, die soweit gegangen sei, daß der Staat sich auch dort der richterlichen Kontrolle zu beugen habe, wo Lebensnotwendigkeiten in Frage stehen, habe im nationalsozialistischen Staate keinen Platz mehr.“ Auch die damalige Gleichschaltung der Länder an das Reich entsprach diesem ideologischen Grundsatz.

Jeder Anschein einer (partei)politischen Vereinnahmung von Staatsgewalten durch andere Staatsgewalten ist in einer Demokratie zu unterbleiben

Dieser Ansatz der fehlenden Kontrolle und der politischen Gleichschaltung widerstrebt einem demokratischen Rechtsstaat immanent. Deshalb hat jeder Anschein der (partei)politischen Vereinnahmung von Staatsgewalten durch andere Staatsgewalten in einer Demokratie zu unterbleiben.

Am 30. Juni 2021 kam es zu einem Treffen einer Delegation des Bundesverfassungsgerichts mit Mitgliedern der Bundesregierung. Die damalige Bundeskanzlerin lud die Teilnehmer danach zu einem gemeinsamen Abendessen ein. Dies geschah während eines laufenden Organstreitverfahrens der AfD-Bundestagsfraktion gegen die Bundeskanzlerin bzw. die Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht. Die Wahl

des Thüringer Ministerpräsidenten Thomas Kemmerich mit Stimmen der AfD im Februar 2020 wurde von Frau Merkel als „unverzeihlich“ bezeichnet und müsse laut ihr rückgängig gemacht werden. Die AfD sah in diesem Essen eine Einflussnahme und stellte einen Befangenheitsantrag gegen die Richter des in der Sache entscheidenden zweiten Senats. Dieser Befangenheitsantrag wurde als unbegründet verworfen. Der amtierende Verfassungsgerichtspräsident Stephan Harbarth saß vor seiner Ernennung mehrere Legislaturperioden im Bundestag für die CDU und ist ein enger Vertrauter von Angela Merkel.

Deutschland erfuhr die massivsten Grundrechtseingriffe seit Verkündung des Grundgesetzes

Frau Merkel sprach noch weitere Einladungen aus. Seit dem 12. März 2020 bestellte sie im Rahmen der Coronavorgänge regelmäßig die Ministerpräsidenten zu „Bund-Länder-Konferenzen“ ein. Ein solches Gremium ist in der Verfassung nicht vorgesehen. Dennoch wurden in diesem Gremium Beschlüsse gefasst, die im Anschluss umgesetzt wurden, darunter die massivsten Grundrechtseingriffe, die Deutschland seit Verkündung des Grundgesetzes je erfahren hat, so die sogenannte „Bundesnotbremse“ mit Ausgangsverboten. Dagegen wehrten sich betroffene Bürger mit zahlreichen Verfassungsbeschwerden. Die Eilanträge hierzu wurden vom Bundesverfassungsgericht schon im Mai 2021 abgewiesen, mit dem Hinweis, der Ausgang des Hauptverfahrens sei aber noch offen.

Im Hauptverfahren wurden dann im November 2021 die Verfassungsbeschwerden ohne mündliche Verhandlung als unbegründet zurückgewiesen. Laut Bundesverfassungsgericht verzichtete man bewusst auf eine mündliche Verhandlung, um das Verfahren mit mehr als 300 Verfassungsbeschwerden schneller abschließen zu können.

Um dies erneut deutlich auszudrücken, der heutige deutsche Rechtsstaat ist nicht zu vergleichen mit dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat. Wir arbeiten dafür, dass das auch so bleibt.



THOMAS RÖCKEMANN, MdL
RECHTSPOLITISCHER SPRECHER

FAKE-KLIMASCHUTZ STOPPEN

Keine weiteren Subventionen für die CO₂-intensive Holzverbrennung!

Man stelle sich einen umweltbewegten Bionade-trinker vor, der seinem wohligh warm vor sich hin-bullernden Kaminofen zuschaut. Soeben hat er mit dem Lastenfahrrad eine Ladung Brennholz aus einem natürlich „nachhaltig“ bewirtschafteten Wald geholt (der inflationär verwendete Begriff darf bei einer solchen Betrachtung nicht fehlen). Nun kann er das sichere und beruhigende Gefühl genießen, nachhaltig das Richtige zu tun. Mittlerweile stehen wieder fast 12 Millionen sogenannter Einzelfeuerungsanlagen in deutschen Häusern und Wohnungen. Nachbarn, die vorsichtig Beeinträchtigungen durch Geruch oder Qualm thematisieren, werden mit dem lässigen Hinweis auf die angebliche Umweltverträglichkeit ausgekontert: Was sollte denn umweltfreundlicher sein als die Verbrennung von Holz? Übrigens stieg die Zahl von Pelletheizkesseln und -öfen bundesweit in den letzten 15 Jahren auf über 490.000 Stück – nicht zuletzt aufgrund vielfältiger staatlicher Subventionen.

Auch im Großen wird zunehmend mit Holz geheizt und Wärme erzeugt. Bei uns in Deutschland, aber auch in Großbritannien, den Niederlanden und vielen anderen Ländern sind in den letzten Jahren zahlreiche Holzkraftwerke und Holzheizkraftwerke entstanden, die Pellets, Holz hackschnitzel oder auch Altholz zur Wärme- und Stromerzeugung verbrennen. Die energetische Nutzung von Holz gewinnt europaweit immer mehr an Bedeutung.

Ist das wirklich eine gute Idee oder nur ein gutes Gefühl?

Bei näherer Betrachtung hat die Verbrennung von Holz anstelle fossiler Brennstoffe (im Wesentlichen Erdöl, Gas, Stein- und Braunkohle) lediglich rechnerisch positive Auswirkungen auf die jeweilige nationale oder individuelle CO₂-Bilanz. Holz wird innerhalb der Europäischen Union (EU) als „Erneuerbare Energie“ klassifiziert und seine Verbrennung gilt grundsätzlich nach den Regelmechanismen des Europäischen Emissionshandelssystems (EU-EHS) als CO₂-neutral. Dementsprechend müssen die Staaten Emissionen von Kohlenstoffdioxid, die durch Holzverbrennung entstehen, nicht anzeigen.

Auch das deutsche Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) behandelt Holz als „weitgehend klimaneutral“, sodass es im Gegensatz zu Erdgas und Heizöl ausdrücklich von den Regelungen ausgenommen wird.

Der Gedanke dahinter ist ebenso einfach wie falsch: Es geht um die in der Theorie denkbar einfache Annahme, dass durch die (vollständige) Verbrennung von Holz nur so viel CO₂ freigesetzt werde, wie zuvor von der Pflanze in ihrer Wachstumsphase gebunden wurde. Diese Annahme erfährt allerdings von Seiten der Wissenschaft massive Kritik. Denn sie vernachlässigt den zeitlichen Ablauf.

Der Ersatz von Kohle durch Biomasse bei der Stromerzeugung schaffe es nicht nur nicht, die CO₂-Emissionen pro erzeugter Kilowattstunde zu verringern, sondern erhöhe sie sogar

Der Forschungsverbund European Academies Science Advisory Council (EASAC) publiziert wissenschaftliche Analysen, die anderes zeigen. Der Ersatz von Kohle durch Biomasse bei der Stromerzeugung schaffe es nicht nur nicht, die CO₂-Emissionen pro

erzeugter Kilowattstunde zu verringern, sondern erhöhe sie sogar. So hätten „Untersuchungen gezeigt, dass die Zeit, die benötigt wird, um den zusätzlich freigesetzten Kohlenstoff wieder zu absorbieren, sehr lang sein kann“. Der geneigte Leser mag sich an den Schulunterricht erinnern, in dem erklärt wurde, dass auch Kohle aus Biomasse entstanden ist, die allerdings vor sehr langer Zeit in der Erdkruste abgelagert wurde. Bei Bäumen geht es wesentlich schneller, allerdings dauert es immerhin, je nach Alter der Pflanzen, beispielsweise 100 Jahre, um CO₂-Einsparungen durch die Verbrennung von Holz anstatt von Öl, Kohle oder Gas ausmachen zu können. Was ein Baum in seinem Wachstum über Jahrzehnte an CO₂ aufnimmt, wird dann in wenigen Stunden oder Tagen durch die Verfeuerung seines Holzes wieder an die Umgebung abgegeben. Der gemütliche Bullerofen setzt das CO₂ schneller frei, als das verwendete Holz nachwächst.

Wer an den menschengemachten Klimawandel und dabei den Anteil des CO₂ glaubt, muss also auch berücksichtigen, dass die vermehrte Verbrennung von Biomasse den Kohlenstoffgehalt in der Atmosphäre und damit die Erwärmung für Jahrzehnte bis Jahrhunderte erhöhen wird. So schrieben es auch immerhin 800 Wissenschaftler in einer gutachterlichen Stellungnahme schon 2018 dem EU-Parlament.

Naturschützer befürchten Verluste bei der Biodiversität und mahnen, dass beispielsweise im Südosten der USA und im Baltikum schon jetzt in großem Stil alte naturnahe Wälder abgeholzt werden, um Pellets zu produzieren

Unter anderen Aspekten äußern Naturschützer zusätzliche Befürchtungen und Bedenken hinsichtlich der zunehmenden energetischen Nutzung von Holz. Sie befürchten Verluste bei der Biodiversität und mahnen, dass beispielsweise im Südosten der USA und im Baltikum schon jetzt in großem Stil alte naturnahe Wälder abgeholzt werden, um Pellets zu produzieren. Der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) fasst das in dem griffigen Slogan „Kein Raubbau im Wald für eine falsche Energiewende“ zusammen.

Sollten die europäischen Kraftwerke also künftig Holz anstatt Kohle verfeuern, könnte das weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen. Denn um den Bedarf der europäischen Unternehmen zu decken, würden 36 Millionen Tonnen Pellets benötigt, was der gesamten aktuellen Produktion der Holz hackschnitzel entspräche – nicht in Europa, sondern weltweit. Und selbst wenn es nur die Hälfte oder ein

Zehntel wäre: Eine solche intensive Abholzung zum Zwecke der Energieerzeugung wäre nicht mehr im Einklang mit einer ökologischen, nachhaltigen Waldpflege, die unbestritten einen erheblichen Beitrag zur Stabilisierung des „Ökosystems Wald“ liefert.

Unter technischen Gesichtspunkten hinken Holzkraftwerke ohnehin konventionell betriebenen Kraftwerken hinterher. Bei der Verstromung von vorgetrocknetem Holz liegt der elektrische Wirkungsgrad ohne besondere Maßnahmen lediglich bei mageren 30 bis 35 %. Schon ältere Steinkohlekraftwerke erreichen dagegen einen elektrischen Wirkungsgrad von 38 %, neuere Steinkohlekraftwerke liegen bei 45 %. Der Wirkungsgrad von neueren Gaskraftwerken liegt sogar bei mehr als 60 %.

Warum wird dann Strom aus Biomasseanlagen gemäß dem „Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien“ mit bis zu 18,40 Cent pro Kilowattstunde subventioniert? Und warum gibt es Investitionszuschüsse für solche Anlagen von bis zu 50 %? Obwohl Holzkraftwerke pro Energieeinheit bis zu 60 % mehr CO₂ ausstoßen als neue Steinkohlekraftwerke und die Klassifizierung von holzbasierten Brennstoffen als „Erneuerbare Energie“ den selbst formulierten Klimazielen der Europäischen Union entgegensteht? Und obgleich die Diskriminierung von fossilen gegenüber holzbasierten Brennstoffen im Rahmen des nationalen Brennstoffemissionshandelsgesetzes offensichtlich zu Fehlentwicklungen des wirtschafts-ökologischen Systems Wald führt?

Es ist nicht immer sicher auszuschließen, dass das Holz aus illegalem Einschlag in osteuropäischen Hochrisikoländern stammt

Wir wissen es nicht. So, wie auch der eingangs etwas scherzhaft beschriebene Holzofenbesitzer nicht weiß, dass bei den in Baumärkten verkauften Brennholzchargen die Angaben zu Holzart oder -herkunft laut einer Recherche des RBB bei fast der Hälfte fehlerhaft oder unvollständig waren. Damit ist nicht immer sicher auszuschließen, dass sein Holz aus illegalem Einschlag in osteuropäischen Hochrisikoländern stammt. Vielleicht ist die so gemütlich und „nachhaltig“ erscheinende Verfeuerung doch nur ein gutes Gefühl statt einer guten Idee?



CHRISTIAN LOOSE, M.D.L.
WIRTSCHAFTS- UND
ENERGIEPOLITISCHER SPRECHER



NATURPARK Schwalm-Nette

KRICKENBECKER SEEN, NETTETAL

QUELLE: PICTURE ALLIANCE/IMAGEBROKER/J. MOEBES

Insgesamt 12 Naturparke gibt es in Nordrhein-Westfalen. Sie sind laut Bundesnaturschutzgesetz großräumige Kulturlandschaften, die über einen einzigartigen Charakter verfügen und zu Natur- und Landschaftsschutzgebieten zusammengefasst werden. Eines dieser Erholungsgebiete liegt am Niederrhein an der Grenze zu den Niederlanden: der Naturpark Schwalm-Nette. Gegründet 1965, erstreckt er sich über große Teile der Kreise Viersen, Heinsberg und Kleve.

In diesem 435 Quadratkilometer großen Gebiet fließen neben den Flüssen Schwalm und Nette auch die Rur und die Niers samt ihren Nebengewässern und Altarmen. Hier findet man auch die für den Niederrhein so typischen Kopfweiden, die an das Leben am Wasser bestens angepasst sind. Selbst 150 Tage Hochwasser können ihnen nichts anhaben. Die Menschen haben die biegsamen Zweige seit jeher für die Gefache ihrer Fachwerkhäuser genutzt. Wo die Äste abgeschnitten wurden, verdickten sich die Weiden und erhielten so ihre charakteristische Form.

Mehrere historische Wassermühlen fügen sich harmonisch in die Landschaft ein, darunter die restaurierte Rickelrather Schrofmmühle (schroof bedeutet im Niederdeutschen „sumpfig“) in den Auenwäldern des Mühlenbachs bei Wegberg. Erstmals 1558 urkundlich erwähnt, gilt sie nicht nur als eine der am besten erhaltenen Wassermühlen Deutschlands, sondern ist zudem die einzige heute noch funktionstüchtige Getreide- und Ölmühle im Rheinland. Wie für die meisten Mühlen des Schwalmgebiets typisch, nutzte man sie zunächst für den Betrieb von Ölpresen, später dann als Getreidemühle. Denn der Anbau von Flachs hat am Niederrhein eine jahrhundertelange Tradition: Seine Samen presste man zu Speiseöl, die Fasern verarbeitete man zu Leinen – der wichtigste Stoff für die heimische Textilherstellung bis zur Einführung der billigeren Baumwolle Ende des 18. Jahrhunderts. Seit 1980 beherbergt die Mühle ein Museum, das die 800-jährige Geschichte der über 20 Anlagen im „Tal der Mühlen“ präsentiert. Anhand seltener Fotografien, alter Post- und Landkarten erhält man einen Einblick in die Blütezeit der Wassermühlen. Das im Einzugsbereich des Parks gelegene volkskundliche Freilichtmuseum Grefrath bietet zudem eine Dauerausstellung, die die traditionelle Flachsverarbeitung und die dazugehörige Handwerkstechnik veranschaulicht.

Zu den landschaftlichen Besonderheiten des Naturparks gehören urtypische Heideflächen, Feuchtwie-

sen, Seen und Moore, aber auch Wälder. Alle sind für den Naturschutz von überregionaler Bedeutung, weil sie Lebensraum für seltene Tiere bieten. Dazu gehören z. B. der Eisvogel, die Ringelnatter sowie der Ziegenmelker. Besondere Erwähnung verdienen die Krickenbecker Seen: In dem Paradies für Wasservögel begegnet man Haubentauchern, Fischreiher, Wildgänsen, Kormoranen und Rohrsängern. Die vier Seen Hinsbecker Bruch, Glabbacher Bruch, Poelvenn und Schrolik wurden bereits 1938 unter Naturschutz gestellt. Wie die Namensendungen verraten, handelte es sich dabei ursprünglich um Niedermoore, die um das namensgebende Schloss Krickenbeck lagen. Die Seen entstanden vom 16. bis 19. Jahrhundert durch den Torfabbau.

In Nettetal liegt der Kaldenkirchener Grenzwald. Sein tonreicher Boden diente früher der heimischen Dachziegelindustrie. Nach dem Ersten Weltkrieg überließ man den Baumbestand den Belgiern als Reparation zur Abholzung. Nach 1945 holzten wiederum die Niederländer den Wald fast vollständig ab. Durch aufwendige Wiederaufforstung gelang es schließlich, den Wald in seiner gegenwärtigen Form als Naherholungs- und Naturschutzgebiet auferstehen zu lassen. Heute findet man dort die Sequoiafarm Kaldenkirchen, ein 3,6 Hektar großes Arboretum. Vor 60 Jahren begann an diesem Ort die erste systematische Anzucht aller drei Mammutbaumarten in Europa. Heute befinden sich dort über 35 Meter hohe Bergmammutbäume, ein einmaliger Hain von Küstenmammutbäumen, Urweltmammutbäume und über 400 weitere seltene Gehölzarten. Der Grenzwald beherbergt zudem die Hochmoore Langes Venn, Galgenvenn, Kempkes Venn und Sonsbeck – die letzten ihrer Art am Niederrhein. Die Graue Glockenheide kommt in Deutschland nur hier vor. Denn im Gegensatz zu Niedermooren werden Hochmoore ausschließlich aus Niederschlägen mit Wasser versorgt und dienen somit seltenen Pflanzen als Rückzugsort. Hier findet sich außerdem einer der größten Moorfroschbestände in NRW.

Auf dem Gebiet der Gemeinden Brüggen und Niederkrüchten liegt das Naturschutzgebiet Elmpter Schwalmbruch. Im Zentrum befindet sich ein 65 Hektar großes Moor – das letzte der einst sehr breiten Niedermoore in den Schwalm-Auen. Duftende Gagelsträucher, graziles Wollgras und Moorlilien sind hier heimisch. Das Feuchtgebiet dient dem seltenen Blaukehlchen und der Wasserralle als Brutgebiet. Für Amphibien und Libellen ist es eines der bedeutendsten

weiter ▶



SCHLOSS KRICKENBECK IM NATURSCHUTZGEBIET KRICKENBECKER SEEN, NETTETAL

QUELLE: PICTURE ALLIANCE/RAINER HACKENBERG/RAINER HACKENBERG

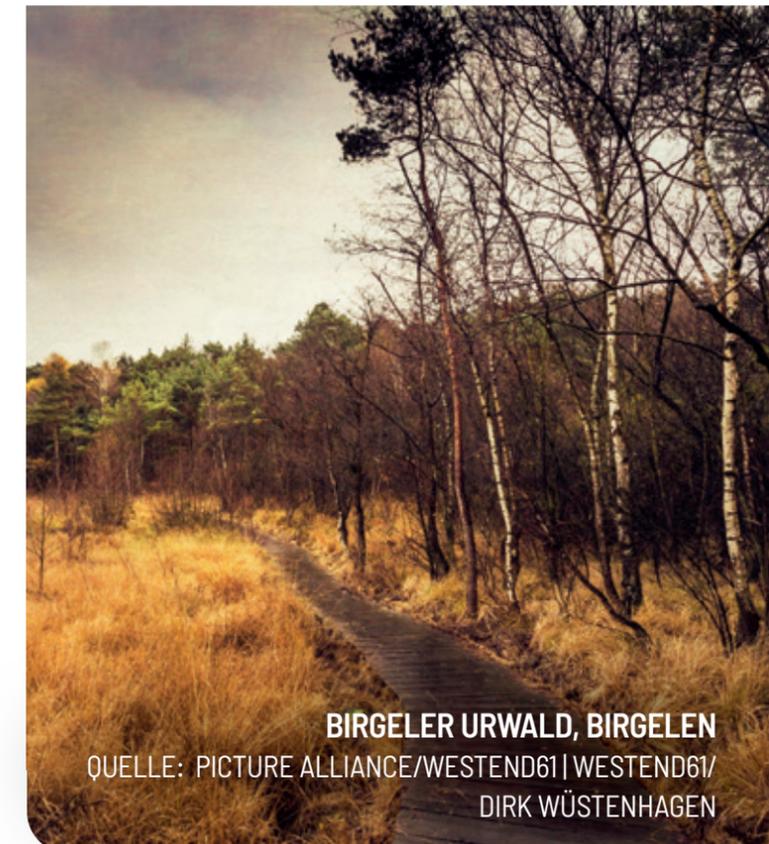
Gebiete in der Grenzregion. Im trockeneren Bereich befindet sich die größte Wacholderheide des linken Niederrheins (insgesamt 3,7 Hektar), Heimat der Glattnatter und ein Brutgebiet für Schwarzkehlchen und Heidelerchen.

Der Naturpark Schwalm-Nette verfügt über neun Premium-Wanderwege, die zwischen 6 und 19 Kilometer lang sind und sich sowohl für Tagestouren als auch für Kurzurlaube hervorragend eignen.

Der Wanderweg „Galgenvenn“ wurde 2016 von den Lesern des Wandermagazins sogar zum zweit schönsten Wanderweg Deutschlands gewählt

Jedes der hier vorgestellten Naturschutzgebiete hat einen eigenen Rundwanderweg. Zu ihnen gehört der Schwalmbruch-Wanderweg entlang der deutsch-niederländischen Grenze. Hier verrät das Flussbett der Schwalm, auf welcher Seite der Grenze man sich gerade befindet: Während der Fluss in den Niederlanden unberührt blieb, wurde er in Deutschland seit 1904 kanalartig begradigt. Der Wanderpfad führt auf 15,5 km durch Artenschutzgewässer und Feuchtwiesen, über die berühmte Wacholderheide sowie das nördliche Schwalmbruch bis hin zu den Gewässern des Elmpter Bruchs. Der im Kaldenkirchener Grenzwald gelegene, nach dem gleichnamigen Hochmoor benannte Wanderweg „Galgenvenn“ wurde 2016 von den Lesern des Wandermagazins sogar zum zweit schönsten Wanderweg Deutschlands gewählt.

Der 14,9 km lange Premium-Wanderweg „Birgeler Urwald“ bietet eine Anlaufstelle für Pilger. Denn hier befindet sich das Birgelener Pützchen (dieses rheinische Wort bedeutet Brunnen), eine mitten im Wald gelegene Marienwallfahrtsstätte mitsamt Kapelle. Die erste urkundlich erwähnte Pilgerfahrt hierhin datiert auf das Jahr 1718. Dem Wasser der „Willibrodisque“ wird sogar eine heilende Wirkung nachgesagt, denn es dient aufgrund seines hohen Anteils an Mineralien als Mittel zur Linderung von Augenleiden. Nach Angaben des Bistums Aachen soll an dieser Quelle der Heilige Lambertus im 7. Jahrhundert die ersten Christen des Niederrheins getauft haben. Heute besteht die Kapelle aus einem achteckigen Hauptraum, der 1933 an die vorherige kleinere rechteckige Kapelle von 1863 angebaut wurde. Das ebenfalls am Pfad gelegene Haus Wildenrath, ein ehemaliger Bauernhof aus der Zeit um 1700, informiert den Besucher nicht nur über die ursprüngliche Landschaft der Region, sondern auch über heimische vom Aussterben bedrohte



BIRGELER URWALD, BIRGELEN

QUELLE: PICTURE ALLIANCE/WESTEND61 | WESTEND61/
DIRK WÜSTENHAGEN

Haus- und Nutztierassen wie das Bentheimer Landschwein oder den deutschen Sperber.

Darüber hinaus können entlang des Wanderwegs historische Relikte des sogenannten „Westwalls“ in Augenschein genommen werden. Dazu gehörten verschiedenste Bunkeranlagen, Lauf- und Panzergräben, Stacheldrahthindernisse, Minenfelder, unterirdische Stollen, Flussregulierungen, Geschützstellungen und auch Maschinengewehr-Nester. Die mit größtem Aufwand ausgebauten Stellungen wurden als Verteidigungslinien allerdings nie benutzt, denn es fehlten die zur Besetzung notwendigen Truppen. Wie anderenorts auch entpuppte sich der Westwall hier als bloße Propaganda des NS-Regimes statt militärisch brauchbare Befestigung.

Eine Befestigung ganz anderer Art bildet das Schloss Elsum westlich von Wassenberg. Es ist ein typisches Beispiel für die Entwicklung rheinischer Wasserburgen: Einst ein befestigter Hof, ist es im Laufe der Zeit zur Burganlage und schließlich zum Wasserschloss umgebaut worden.

IWAR MATTERN

DIE AfD-FRAKTION
IM LANDTAG NRW5
JahreErfahrungen und Erfolge
aus fünf Jahren Legislatur**Sportpolitik: eine Herzensangelegenheit
der AfD-Fraktion**

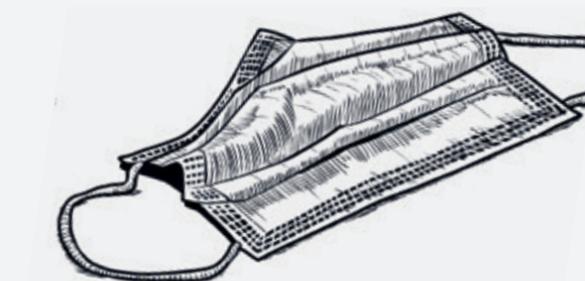
Die Sportstätten in NRW weisen einen Investitionsstau von rund 3 Mrd. Euro auf. Die Anlagen stammen oft aus den 60ern und sind nach jahrzehntelang unterlassenen Instandhaltungen in kläglichem Zustand. Gerade die SPD-geführten Regierungen sind untätig geblieben. Eine Bilanz des Schreckens mit einem Höhepunkt 2015, als unzählige Sporthallen für die Unterbringung von Flüchtlingen zweckentfremdet wurden und unter erhöhtem Verschleiß litten.

Die eigenen Sportanlagen über Monate nicht nutzen zu können – eine Zumutung, die seit März 2020 wieder Alltag ist! Wir fordern vernünftige, evidenzbasierte Lösungen zu finden, damit der Vereinssport trotz Corona möglich bleibt. Weg von starren Inzidenzen, hin zu Studien, nach denen Sport im Freien, Schwimmbad oder auch Fitnessstudio mit Hygieneauflagen kein erhöhtes Infektionsrisiko darstellt.

14 Mio. Euro gab das Land NRW bisher als „Soforthilfe Sport“ an 859 Sportvereine, die wegen der verfehlten Lockdown-Politik in existenzielle Not gerieten. Großvereine gingen dagegen leer aus und befinden sich in einer prekären Situation, da sie bis zu 15 % Mitglieder verloren haben. Unser Antrag „Breitensportorientierte Vereine beim Neustart unterstützen“ hatte konkrete Lösungen aufgezeigt. Doch die Altparteien setzen weiter auf Spaltung: Dank der 2G-Plus-Regelung verlieren Sportvereine noch mehr Mitglieder.

Umso wichtiger wird es sein, diese sportpolitischen Missstände auch weiterhin zu bekämpfen!

Andreas Keith

**Während alle anderen sich in Schweigen hüllen,
bleibt die AfD laut:**

Kinder und Jugendliche müssen dauerhaft vom medizinisch unwirksamen Maskenzwang befreit werden.

Es kann zu Recht gesagt werden, dass Kinder und Jugendliche von Beginn an die am meisten geschädigte Gruppe der Corona-Maßnahmen sind. Obwohl sie selbst kaum durch das Virus gefährdet sind, wurden ihre Normalität und ihr geregelter Tagesablauf völlig zerstört: Schule, Freunde, Hobbys, Freizeitunternehmungen und alles andere, was Spaß macht oder zum normalen Leben einfach dazugehört, wurden gestrichen. Die staatlich verordnete Isolation führte zu einem enormen Anstieg von psychischen Krankheiten, Entwicklungsverzögerungen und massiven Bildungslücken. Unsere Schüler mussten eine schmerzliche Zwangslernpause erleben. Jeder Moment von Normalität im Unterricht ist daher unabdingbar.

Wenn man bedenkt, dass das Infektionsgeschehen in Sachen Corona in der Schule völlig irrelevant ist, dagegen aber der Maskenzwang in stärkstem Maße entwicklungsgefährdend ist und bei Kindern erhebliche Angststörungen sowie psychoimmunologische Störungen verursachen kann, wird deutlich: Der Maskenzwang für Schüler kann weder als geeignetes noch als erforderliches noch als verhältnismäßiges medizinisches Mittel gelten.

Es ist nicht ohne Weiteres von der Hand zu weisen, dass die Wiedereinführung des Maskenzwangs an Schulen ausschließlich den Zweck hat, die objektiv nicht mehr nachvollziehbare Pandemieerzählung der Meinungsführer in Politik und Medien durch restriktive und sichtbare Freiheitseinschränkungen glaubwürdig erscheinen zu lassen – und gleichzeitig der Angst- und Gehorsamskonditionierung zu dienen.

Helmut Seifen



Quelle: IMAGO/JOKER

Flüchtlinge auf die Rückkehr in ihre Heimatländer vorbereiten – „Fit4Return / Heimat mit Zukunft – Vom Geflüchteten zum Aufbauhelfer“

Bereits im Juli 2018 stellten wir im Landtag den Antrag, insbesondere Ausreisepflichtige, aber auch Asylberechtigte auf die Rückkehr in ihre Heimatländer vorzubereiten. Dabei geht es beispielsweise um handwerkliche Fertigkeiten in den Bereichen Bauhandwerk, Ver- und Entsorgung oder Straßenbau, die beim Wiederaufbau benötigt werden – also um berufliche Grundqualifikationen, die zu einer Perspektivenbildung für die Rückkehr führen können. Wichtig kann auch eine verstärkte Bildung in der Muttersprache sein, da die Anzahl der nicht oder kaum alphabetisierten Personen unverhältnismäßig hoch ist. Daran soll eine angepasste Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort anschließen.

Die Entwicklung seit 2018 zeigt aber, dass es dazu bei der NRW-Landesregierung keinerlei Ambitionen gibt, im Gegenteil: Weder gibt es Gespräche mit den Herkunftsländern zur Rückübernahme der Menschen bei verbesserter Sicherheitslage, noch gibt es größere Anstrengungen, Ausreisepflichtige abzuschicken. Stattdessen wird mit der Spurwechsellpolitik alles unternommen, um selbst Ausreisepflichtige mit einem Bleiberecht auszustatten. Das Ergebnis dieser Politik wird auf dem deutschen Arbeitsmarkt sichtbar. Die Hauptprobleme sind oftmals nur geringe Sprachkenntnisse sowie das niedrige Schul- und Ausbildungsniveau.

Vor diesem Hintergrund beantragten wir im Zuge der Haushaltsberatungen regelmäßig mehr Geld für Rückkehrprojekte sowie für eine Stärkung der Zentralen Ausländerbehörden. Bestand schon zuvor keine Chance, derartige Ambitionen zu verwirklichen, lässt der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung vermuten, dass Rückführungen zum Ausnahmefall erklärt werden.

Die Chance, die Herkunftsländer mit in Deutschland qualifizierten einheimischen Fachkräften zu versorgen, wird somit vorsätzlich verspielt. Stattdessen werden die Menschen dauerhaft dem Arbeitsmarkt ihrer Herkunftsländer entzogen, was aus entwicklungspolitischer Sicht unverantwortlich ist. Es ist zudem wenig ergiebig, Menschen mit unverhältnismäßigem Aufwand an Helfertätigkeiten heranzuführen, oftmals ohne stabile Erwerbs- und Einkommensperspektive, und als Nebeneffekt in diesem Segment zusätzliche Konkurrenz zu generieren.

Gabriele Walger-Demolsky

Debatte Verbot Kindersexpuppen / Pädophilie

Während ich in einer Rede im September 2020 die schleichende Etablierung von Pädophilen in den Medien thematisieren wollte, meinte der Fraktions-Vize der Grünen Arndt Klocke (Qualifikation: schwul) sich wieder als Opfer wännen zu müssen. Er missverstand meinen Redebeitrag absichtlich und wollte mir in den Mund legen, Homosexualität mit Pädophilie in einen Topf werfen zu wollen.

Dem habe ich bereits in der Debatte vehement entgegengehalten und meine Meinung klar zum Ausdruck gebracht. Das Video der Rede ging viral und erreichte mehrere hunderttausende Zuschauer. Das hatte zur Folge, dass Arndt Klocke über die sozialen Medien reichlich Gegenwind bekam und sogar bedroht wurde. Anstatt seine Fehler einzuräumen, tingelte er von einer Gazette zur nächsten und mimte das Opfer. Wir sind natürlich froh, dass Arndt Klocke nichts zugestoßen ist und bedauern sehr, dass er sich bedroht gefühlt hat.

Aber unabhängig davon ist es sehr erfreulich, dass unsere unmissverständliche Null-Toleranz-Haltung gegen Päderasten so großen Zuspruch gefunden hat, dass wir sogar zahlreiche positive Zuschriften von Menschen zugeschickt bekommen haben, die der AfD bisher noch nicht zugewandt waren.

Iris Dworeck-Danielowski

Die Krise ganzheitlich behandeln

Das ganze Land bekämpft die Coronakrise und setzt seinen Fokus auf die Eindämmung des Infektionsgeschehens. Lockdown, Lockdown light, 3G-Beschränkung, 2G-Plus-Beschränkungen – selbst Politik und Verwaltung fällt es schwer, eine umfassende Übersicht der jeweils gültigen Maßnahmen zu behalten. Eines steht jedoch außer Frage: Ein normales Leben zu führen, scheint kaum mehr möglich. Und genau hier verbergen sich Gefahren, die noch nicht auf der politischen Agenda angekommen sind: Depressionen, Suchterkrankungen, psychische und physische Auswirkungen der Vereinsamung, insbesondere auf Heranwachsende, aber auch Ältere und Pflegebedürftige.

Steigende Adipositasprävalenzen, Herz-Kreislauferkrankungen und ein schlechterer Gesundheitszustand der Gesamtbevölkerung – all diese Aspekte habe ich versucht in meinen Anträgen und meiner politischen Arbeit in den Fokus zu rücken, denn für weite Teile der Bevölkerung ist der Lockdown eine größere Gefahr als das Virus selbst.

Dr. Martin Vincentz



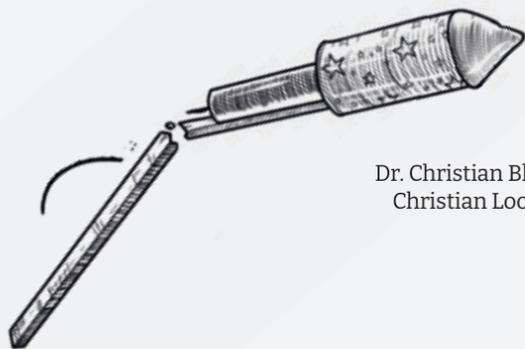
Kampagne gegen das Silvester-Brauchtum

Am 15. Dezember 2021 haben wir uns im Plenum des Landtags gegen das kurzfristig ausgesprochene Feuerwerksverbot gewendet. Nachdem schon 2020 der Verkauf von Feuerwerksartikeln untersagt wurde, folgte im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz das nächste Verbot für den Jahreswechsel auf 2022, das entsprechende Folgen an Silvester hatte.

Dabei reicht die Tradition hierzulande weit zurück: 1506 wurde beim Reichstag in Konstanz das erste Feuerwerk in Deutschland gezündet. In den letzten Jahren wird aber vermehrt Jagd auf diesen schönen Brauch gemacht. Feinstaubbelastung, Lärmbelästigung und Belastungen der Krankenhäuser und des Pflegepersonals werden als Gründe angeführt. Dabei wird völlig außer Acht gelassen, dass die – wohl oft illegal im Ausland beschaffte – Ersatz-Pyrotechnik deutlich gefährlicher sein kann und regelmäßig zu Verletzungen führt.

Die Reaktionen auf unseren Antrag waren ebenso vorhersehbar wie einmütig: Die Altparteien haben sich die Linie von Deutscher Umwelthilfe und Bundesumweltamt zu eigen gemacht.

In Eitorf im Rhein-Sieg Kreis bangen zum Redaktionsschluss und 350 Mitarbeiter der Firma WECO um ihre Arbeitsplätze. Das Unternehmen erwirtschaftet rund 95 % des Jahresumsatzes mit Silvesterfeuerwerk, das nur drei Tage im Jahr verkauft wird. Bereits das erste Verbot hatte den Marktführer für Feuerwerksartikel in Deutschland und Europa schwer getroffen und zur Schließung eines Standortes in Freiberg/Sachsen geführt.



Dr. Christian Blex
Christian Loose

Internationale Weihen

Zu den erfreulichen Momenten des Abgeordneten-daseins gehört es natürlich, wenn eine Rede größere Kreise zieht: wenn man in der Zeitung zitiert wird oder gar im Fernsehen oder Radio ein paar Sekunden bekommt. Als Landespolitiker – zumal von der „ungelebten“ AfD – erlebt man das selten. Gut, dass wir von Anfang an ein Hauptaugenmerk auf unsere Präsenzen in den Sozialen Medien gelegt haben.

Gerade bei YouTube lassen wir sämtliche Altparteien weit hinter uns und Klickzahlen bis in den höheren sechsstelligen Bereich sind keine Seltenheit. Mitunter gelingt es sogar, auf diesem Wege wieder in den klassischen Medien vorzukommen, denn je mehr Menschen von unserer Arbeit Kenntnis haben, umso schwerer fällt es den Staatsfunkern, uns komplett zu ignorieren.

Besonders erfreulich ist es, wenn die Strahlkraft unserer Arbeit bis ins Ausland reicht. Ich durfte das zweimal erleben: Meine Rede zum „Pride Month“ und zur Heuchelei der deutschen Politik im Zusammenhang mit muslimischem Schwulenhass schaffte es sogar ausführlich in die ungarischen Hauptnachrichten. Jemand hatte das Video mit entsprechenden Untertiteln versehen und es folgten zahlreiche Gratulationen und Interviewanfragen aus Ungarn.

Nicht weniger stolz war ich, als die US-amerikanische konservative Ikone Ann Coulter bei Twitter meine englisch untertitelte Rede zur Migration aus Afghanistan teilte.

Ein echter Ritterschlag.

Sven W. Tritschler

Hier geht es zu den beiden erwähnten Redebeiträgen:



Rede zum Pride Month



Rede zu Afghanistan



Quelle: picture alliance/ZB/euroluftbild.de | euroluftbild.de/Hans Blosssey
Originalfoto bearbeitet

Umwelt und Landwirtschaft – eine Katastrophe

Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit könnte bei der Umwelt- und Landwirtschaftspolitik der regierenden CDU kaum größer sein. Wir erinnern uns: Für Quote und Proporz suchte das Laschet-Kabinett 2017 nach einer CDU-Frau aus dem Münsterland. Frau Schulze Föcking wurde NRW-Umweltministerin.

Doch die Landwirtin wurde sehr schnell zur Zielscheibe von radikalen Tierschutzaktivisten. Im Landtag beantragten die Grünen einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, um einen Hackerangriff politisch aufzuarbeiten. Für mehrere Millionen Euro war das Ergebnis: Es gab keinen Hackerangriff. Es war lediglich eine Fehlbedienung. Die Landwirtin trat unter dem linksgrünen Druck zurück.

Im Ministeramt folgte Frau Heinen-Esser. Gegen die neue Ministerin formierte sich nie so wirklich grüner Widerstand – verständlicherweise: Sie hat alles unternommen, was die Grünen wollten. Sie ebnete den Weg für mehr Windkraft auf Flächen der Forst- und Landwirtschaft. Sie sah tatenlos zu, wie die landwirtschaftliche Grundlage der Schweinehalter zerstört wurde. Sie begrüßte das planwirtschaftliche Ausbauziel von 20 % „Öko-Landbau“. Sie trug die strengen Vorgaben zu Pflanzenschutzmitteln mit. Nicht zu vergessen: Sie vertrat eine groteske Verweigerungshaltung gegenüber den Wolfsgefahren und pflegte eine naive Willkommenskultur für den Wolf.

Was Frau Heinen-Esser getan hat, ist schon schlimm – was sie jedoch nicht getan hat, ist weitaus schlimmer. Wir haben im November 2018 gefordert, 20 Millionen Euro mehr in den Hochwasserschutz zu stecken. Unser Antrag wurde belächelt und abgelehnt. Als im Juli 2021 die schweren Folgen der Hochwasserkatastrophe absehbar wurden, fiel die Landesregierung durch beispiellose Untätigkeit auf. Wir haben einen Untersuchungsausschuss gefordert und mit der Aufarbeitung begonnen: Warum wurden die Wetterberichte nicht ernstgenommen? Warum wurde nicht früher gewarnt?

Wäre die Landesregierung nicht so untätig gewesen, viel Leid hätte verhindert werden können.

Dr. Christian Blex

AfD setzt sich für den Erhalt der Schwimmbäder ein!

Zahlreiche nordrhein-westfälische Gemeinden sind aufgrund von Verschuldung und Defiziten gezwungen Leistungen für Bürger zu streichen, darunter öffentliche Bibliotheken und Schwimmbäder. Seit 2002 haben sich die Bäder in NRW auf nur noch 1400 halbiert.

Neben hohen Betriebskosten ist oft der marode Zustand der Anlagen schuld. Wir haben die Landesregierung gefragt: 30 % hatten bereits 2016 einen „nennenswerten bzw. gravierenden Investitionsrückstand“. Eine gefährliche Entwicklung: Weniger Schwimmbäder heißt auch weniger Schwimmen-Lernen. Die tragischen Badeunfälle, die sich jeden Sommer ereignen, liegen nicht zuletzt an abnehmenden Fähigkeiten unserer Kinder.

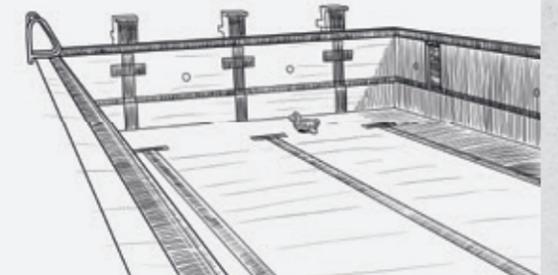
Die AfD-Fraktion hat das Thema seit 2019 wiederholt auf die Tagesordnung von Plenum und Sportausschuss gesetzt, der auch eine Expertenanhörung durchgeführt hat. Schwimmverbände, Fachleute und Organisationen wie die DLRG waren sich weitgehend einig: Die wenigen Schwimmflächen für die Ausbildung sind völlig ausgelastet. Schulschwimmen findet oft nur noch begrenzt statt und es fehlt an qualifizierten Schwimmlehrern.

Die Landesregierung hat unlängst angekündigt, die Schwimmkurse ausweiten zu wollen. Sogar die SPD hat das Thema für sich entdeckt und versucht nun unsere Initiative mit Anträgen zu kopieren, in denen sie behauptet, Corona sei der Hauptgrund für die vielen Nichtschwimmer.

Das Bädersterben gibt es nicht erst seit Corona! Aber die von der Politik zur Eindämmung der Pandemie verhängten Restriktionen bringen die gesamte Branche zusätzlich in Not. 2G bzw. 2G plus, reduzierte Gästezahlen und Teilschließungen machen einen wirtschaftlichen Betrieb unmöglich. Die führenden Verbände des Deutschen Bäder- und Kurwesens schlagen deshalb Alarm! Ein am 17. Januar 2022 veröffentlichter Appell fordert mehr Finanzhilfen von Bund und Ländern. Andernfalls, so das an Bundeskanzler Olaf Scholz gerichtete Schreiben, drohe das Aus.

Die Lage ist ernst. Unbequeme Wahrheiten müssen thematisiert werden. Deshalb braucht es weiterhin eine starke Alternative in den Landesparlamenten. Auch wenn die Altparteien unsere Anträge pauschal ablehnen, wird eines deutlich: Ohne die AfD würde es kein Handeln geben!

Andreas Keith



Robuste Verkehrsinfrastruktur ist unser Ziel

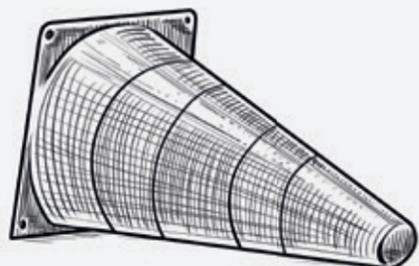
Nordrhein-Westfalen ist die Region mit der höchsten Verkehrs- und LKW-Dichte im gesamten europäischen Raum. Dennoch wurde unsere Infrastruktur über Jahrzehnte massiv vernachlässigt. Auch die Landesregierung setzt völlig falsche Prioritäten. So konzentriert man sich lieber auf 6,5 Meter breite Fahrradwege oder gar Lufttaxis, die demnächst auch in unseren Städten unterwegs sein sollen.

Das Augenmerk der AfD-Fraktion richtet sich dagegen auf die wahren Achillesfersen, Brücken im Straßenverkehr und Schleusen für die Schifffahrt:

- Für die berühmte Leverkusener Autobahnbrücke wurde Billigstahl aus China importiert – ihr Neubau verzögert sich um bis zu sechs Jahre.
- Aktuell sehen wir bei der Rahmede-Talbrücke auf der A45, dass jede Sperrung einer größeren Brücke einen enormen wirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Schaden nach sich zieht. (Siehe hierzu unseren Artikel „Mangelhafte Brücken-Technologie“ auf den Seiten 14–15)
- Für Nothaltebuchten und LKW-Rastplätze werden zu wenig Mittel zur Verfügung gestellt.
- Auch beim „Straßenbegleitgrün“ ist das Thema der invasiven Pflanzen noch nicht angekommen. Diese können die Infrastruktur an Autobahnen zerstören, aber auch an Schifffahrtswegen.
- Bei unseren Kanälen müssen wir einen dringenden Fokus auf die Schleusen legen. Am besten wäre es, Ersatzschleusenwände direkt vor Ort zu deponieren, damit ein schneller Austausch möglich ist.

Die Landesregierung beschäftigte sich leider nicht mit den realen Problemen, sondern eher mit Verkehrsprojekten, die einem Hochglanzprospekt entsprechen.

Nic Vogel



Thomas Röckemann

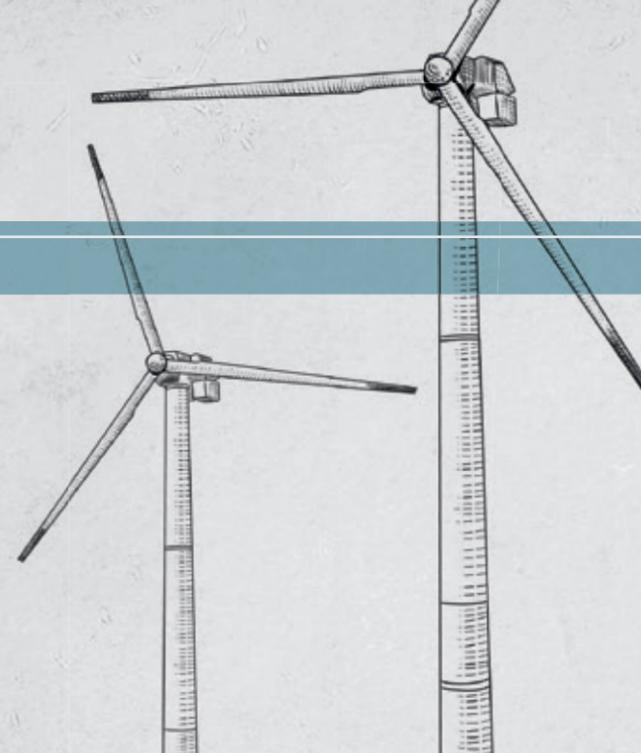
Quelle: picture alliance/dpa/
Guido Kirchner**Verfassungsgerichtshof NRW – Eine Idee der AfD setzt sich durch**

Im März 2019 beantragte die AfD-Fraktion im Rahmen eines Änderungsantrages, dass die Einführung der Individualverfassungsbeschwerde für die nordrhein-westfälischen Bürger in der Landesverfassung verankert werden muss. Wo auch sonst, denn ein derartig hohes Rechtsgut muss Verfassungsrang haben!

Auch wiesen wir darauf hin, dass die Verfassungsbeschwerden mit steigenden Kosten für den Gerichtshof einhergehen werden, es also einen erhöhten Bedarf an Mitarbeitern und ggf. an Räumlichkeiten geben wird. Denn bis dahin residierte der Gerichtshof in den Räumlichkeiten des Oberverwaltungsgerichts NRW. Unser Vorschlag wurde im Rechtsausschuss beraten – und im Juni 2018 einstimmig von allen anderen Parteien abgelehnt.

Doch damit begann die Posse: SPD und Grüne reichten just im Juli 2018 einen Gesetzentwurf ein, der die Verankerung der Individualverfassungsbeschwerde in der Verfassung mit einer winzig kleinen Änderung vorsah. Scheinbar von dieser einsetzenden Dynamik überrascht, reagierten nun auch CDU und FDP. So brachten SPD, Grüne, CDU und FDP nur wenige Tage später einen gemeinsamen Änderungsantrag ein, in dem lediglich eine Verfahrensnorm herausgenommen wurde. So konnte man sich selbst auf die Schulter klopfen und musste dem AfD-Antrag nicht zustimmen.

Der Verfassungsgerichtshof sucht übrigens aktuell aufgrund der gestiegenen Mitarbeiterzahl immer noch nach einer neuen Räumlichkeit. Auch hier wollte man mal wieder nicht auf uns hören!

**Wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht**

In manchen Fällen hilft schon gutes Zuhören:

„Wer sich nicht nur theoretisch angucken will, was Versorgungssicherheit bedeutet, sondern am praktischen Beispiel, der guckt sich einfach die Versorgungsdaten des gestrigen Nachmittags an. Gestern gab es, wie immer an einem Werktag im November, einen hohen Verbrauch. Wie immer im November, ging die Sonne früh unter. Viel Sonne war sowieso nicht da. Zudem war gestern noch ein windstillere Tag. Man bekommt eine Vorstellung davon, was Versorgungssicherheit in Deutschland bedeutet, wenn aus Wind und Sonne gut 1 Gigawatt zustande kommen und trotzdem knapp 70 Gigawatt Leistung aus dem Netz genommen werden müssen.“

Diese Worte stammen nicht von der AfD, sondern vom Staatssekretär Christoph Dammermann (FDP). Am 17. November 2021 sagte er dies im Ausschuss für Wirtschaft und Energie. Damit hat er allerdings fast wörtlich eine Mahnung wiederholt, die ich im Namen der AfD-Fraktion im Ausschuss und im Plenum des Landtags in ähnlicher Form zigfach ausgesprochen habe.

Ich schrieb diese Zeilen am Montag, den 11. Januar 2022. Es war für Januar relativ sonnig und um 13:00 Uhr speiste die Photovoltaik immerhin 5,7 Gigawatt ein. Zugleich war es eher windstill und die Windindustrieanlagen lieferten nur 1,5 Gigawatt. Der Verbrauch in Deutschland betrug zu dieser Zeit allerdings 70,5 Gigawatt. Den übrigen Strom mussten größtenteils die fossilen Kraftwerke liefern, allen voran die Braunkohle. Aufgrund der Knappheit an fossilen Kraftwerken betrug der Strompreis an der Börse zu diesem Zeitpunkt 23,21 Cent pro kWh – über zehnmal so hoch wie zwei Jahre zuvor (2,2 Cent pro kWh). Die Marktwirtschaft funktioniert und lässt die Preise für Strom explodieren!

Warum die Landesregierung vor diesem Hintergrund weiter munter an der Abschaltung der versorgungssicheren konventionellen Kraftwerken arbeitet, bleibt ein Rätsel.

Christian Loose

Wozu eigentlich noch Haushaltsberatungen, wenn die Regierungsfaktionen gar nicht debattieren wollen?

Vorweg muss klargestellt werden, dass der allgemeine Umgang im Haushalts- und Finanzausschuss, auch mit der AfD-Fraktion, zivil und sehr sachorientiert ist. Ende 2021 brachten die Regierungsfaktionen von CDU und FDP aber bei den Beratungen zum Landeshaushalt 2022 ihre Verachtung für das normale Verfahren zum Ausdruck.

Der Haushalt von NRW wird in drei Lesungen behandelt. Dazwischen wird der Entwurf der Landesregierung im Haushalts- und Finanzausschuss beraten. Vor der 2. Lesung finden zudem schriftliche und mündliche Anhörungen von Verbänden und Gewerkschaften statt. Es ist üblich, dass alle Fraktionen ihre Änderungsanträge im Haushalts- und Finanzausschuss einbringen, um sie ordentlich beraten zu können. Das ist kein Muss, aber guter parlamentarischer Brauch.

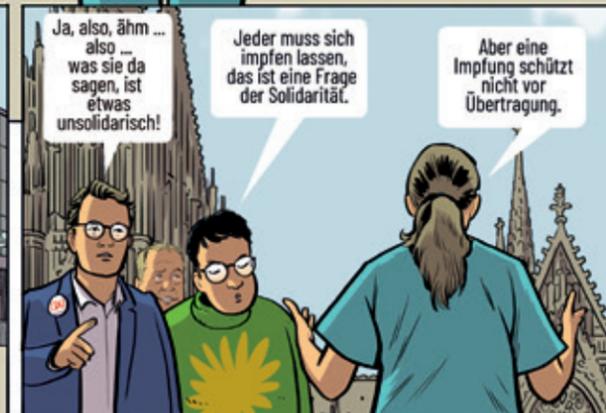
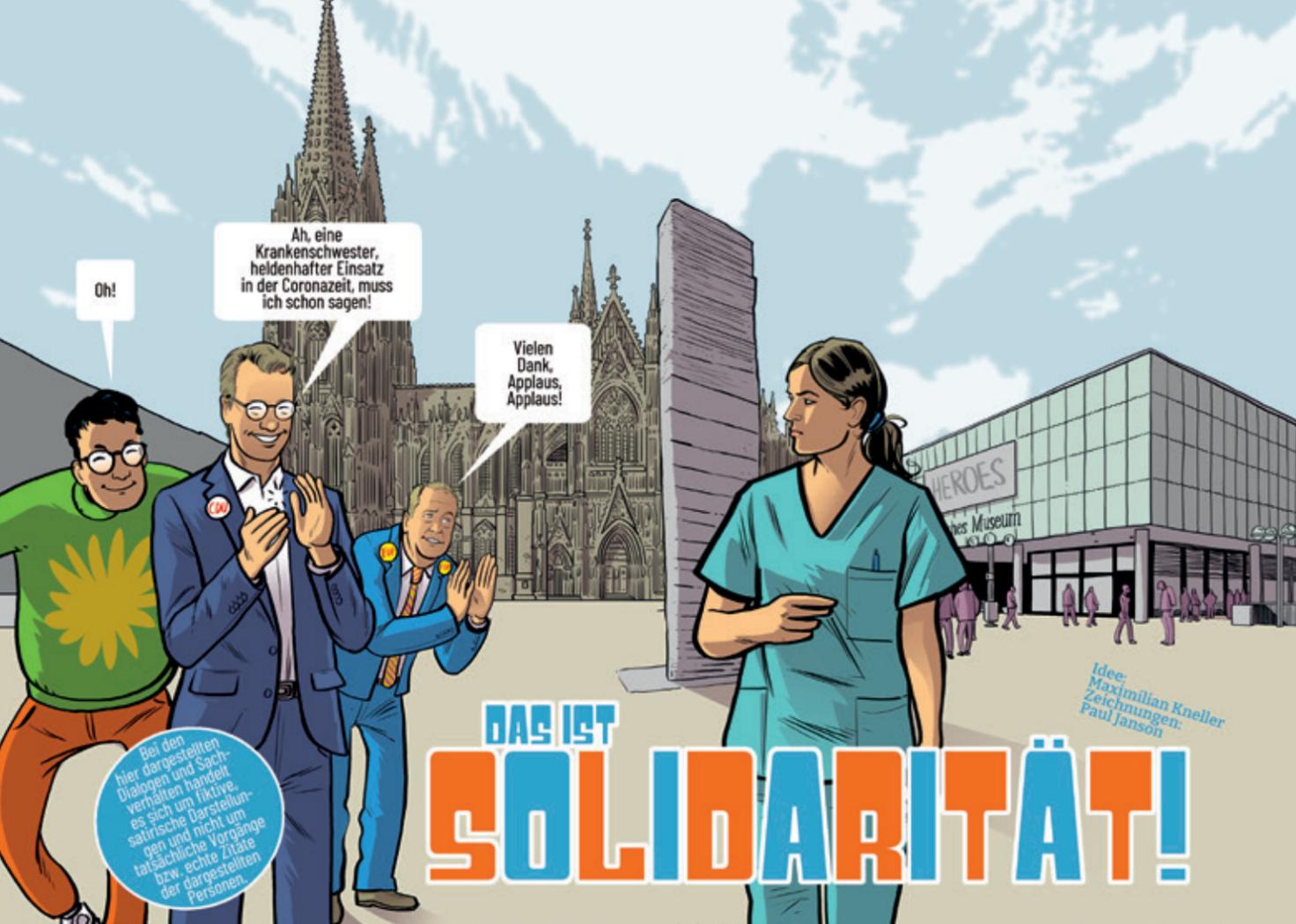
Allerdings kann man Änderungsanträge auch nur zu den Plenarsitzungen des Landtags einbringen ... So ist keine detaillierte Beratung und Diskussion mehr möglich und es wird nur abgestimmt. Das ist dann Demokratie ohne Debatte, gerade wenn man die Anträge sehr kurzfristig stellt.

Die Regierungsfaktionen haben 2021 anders als in den Vorjahren keinen einzigen Änderungsantrag in den Ausschuss eingebracht. Man hatte offenbar Angst, sich den dortigen Debatten zu stellen. Oder gab es Anweisung von oben? Will man etwa keine Transparenz und das Parlament zu einem reinen Abnickverein degradieren? Wenn Detaildebatten nicht erwünscht sind, benötigt man im Grunde kein Parlament mehr.

An dieser Stelle sollen SPD und Grüne nicht ohne Kritik bleiben. Sie haben konsequent alle AfD-Anträge abgelehnt – selbst dann, wenn die Zahlen in ihren Änderungsanträgen gleich waren.

Die beiden Fraktionen haben u. a. gegen zusätzliche Stellen bei Polizei und Justiz und gegen Personalminderungen in den Ministerien gestimmt. Die schwarz-gelbe Regierung hat bekanntermaßen seit ihrem Antritt über 1.000 wohl dotierte Stellen in den Ministerien geschaffen. Sollen hier etwa Parteifreunde versorgt werden?

Herbert Strotebeck



PLANSPIEL UND „DEMOKRATIETRAINING“

von Nils Wallmeyer, Referent für Europa und Internationales
AfD-Beauftragter für den Jugend-Landtag



Einmal im Jahr bietet der nordrhein-westfälische Landtag ein großes Planspiel für Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren an. Das Prinzip ist denkbar einfach: Jeder der Abgeordneten entsendet für drei Tage einen jungen Vertreter. Der Nachwuchs organisiert sich in Fraktionen, stellt Anträge, debattiert in Ausschüssen und kommt zu guter Letzt im Plenum zusammen, um wie die Großen zu streiten. Diese Veranstaltung hat die Absicht, die Teilnehmer für parlamentarische Abläufe zu begeistern. Was in der Theorie gut klingt, erweist sich in der Praxis als genauso wenig deliberativ demokratisch wie der „richtige“ Landtag.

In Anbetracht der Tatsache, dass der durchschnittliche Jugendliche zwar unzählige Horrorgeschichten über die AfD gehört, aber in den seltensten Fällen je einen Vertreter unserer Partei persönlich getroffen haben dürfte, hat unseren Teilnehmern stets der Duft des Verbotenen und Gefährlichen angehaftet. Dass nach dem ersten Beschnuppern Sympathien entstanden, sorgte 2019 dafür, dass sich eine bürgerlich-rechte Mehrheit aus Jugendparlamentariern der Fraktionen der CDU, FDP und AfD bildete. Dieser „Eklat“ führte dazu, dass die Landtagsverwaltung die Spielregeln für 2021 entschieden abwandelte.

Die Jugendlichen durften infolgedessen keine Anträge mehr stellen, sondern nur noch jene der Landtagsverwaltung besprechen. Diese und ähnliche Änderungen beschnitten unsere Teilnehmer. Die Krone der selbst auferlegten Präventionsmaßnahmen bildete das sogenannte „Demokratietraining“. Ausrichter dieser steuergeldfinanzierten Indoktrinationsveranstaltung war die Landeszentrale für politische Bildung.

Zum Zweck der Vorbereitung auf diese Verzweiflungsmaßnahme der Landesregierung hat die AfD-Fraktion ein Kennenlernwochenende für ihren Nachwuchs abgehalten. Zwei Tage lang standen exklusive Vorträge, Schulungen, Treffen mit Abgeordneten und natürlich

abendliche Unternehmungen wie gemeinsames Bowlen auf der Tagesordnung.

Das „Demokratietraining“ erwies sich als die erwartete politische Umerziehungsstunde. Die 195 Teilnehmer des Jugend-Landtags wurden 3 Stunden lang in einen unbelüfteten Raum gesperrt, in dem es weder Getränke noch Essen gab. Im Laufe der Veranstaltung wurde mehrfach namentlich gegen die AfD gehetzt. Die Referenten analysierten Zitate von Funktionären unserer Partei und sprachen Buchempfehlungen wie „Inside AfD“ aus. Den Jungen und Mädchen der AfD-Fraktion wurde trotz wiederholter Meldungen nicht das Wort erteilt, und Zwischenrufe wurden von den restlichen 186 Jugendlichen niedergebuhet.

In den Ausschüssen saß auf Grund der ungünstigen Planung der Landtagsverwaltung manchmal nur ein einziger Vertreter der AfD 30 Altparteilern gegenüber. Es kam vor, dass Helfer, die eigentlich neutrale Beobachter sein sollen, sich inhaltlich und AfD-feindlich äußerten. Immerhin entschuldigte die Landtagsverwaltung sich später für diesen Ausfall und schloss diese „Helfer“ von weiteren Tätigkeiten des Jugend-Landtags aus.

Am letzten Tag wurden im Plenum die beiden von der Landtagsverwaltung vorgegebenen Anträge besprochen. Die ebenfalls jugendlichen Landtagspräsidenten, welche von jeder Fraktion außer der AfD gestellt werden durften, hatten den Saal während der Reden unserer Teilnehmer kaum unter Kontrolle. Erst gegen Ende des Plenums wurde ein Ordnungsruf erteilt.

Abschließend stellt sich die Frage, ob die Kinder etwas über Demokratie und Parlamentarismus gelernt haben. Nach Aussage unserer Teilnehmer „Ja“. Es geht in deutschen Parlamenten schon lange nicht mehr um das Ringen um die besten Argumente, die Isolierung ganzer Oppositionsfraktionen ist Alltag und das Wichtigste: Die Altparteien fürchten sich vor der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der AfD. „Gut so!“, meint unser Nachwuchs.

Anzeige

WIR GEBEN DER JUGEND EINE HEIMAT

Unterstützt
uns dabei!

Spendenkonto:
Junge Alternative NRW
DE46 4455 0045 0006 0720 29



JUNGE ALTERNATIVE NORDRHEIN-WESTFALEN

Anzeige finanziert durch Spenden der MdL NRW
Markus Wagner, Andreas Keith, Sven W. Tritschler,
Thomas Röckemann, Iris Dworeck-Danielowski

JUNGE ALTERNATIVE NORDRHEIN-WESTFALEN, FELIX-A. CASSEL, GLADBECKER STRASSE 5, 40472 DÜSSELDORF

Impressum

8. Ausgabe: Frühjahr 2022

Herausgeber: AfD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen
Sven W. Tritschler, Stellv. Fraktionsvorsitzender
Platz des Landtags 1 · 40221 Düsseldorf

Mail: blickwinkel@afd-fraktion.nrw
Tel./ Fax: 0211 884 - 4546 · 0211 884 - 3182
Internet: www.afd-fraktion.nrw

Chefredakteurin: Diana Finsterle (V.i.S.d.P., Anschrift siehe Fraktionsadresse)
Fotorecherche: Dominik Ebenberger
Leserservice: Henning Domauf, Steffen Postler, Bernd Rummeler, Annette Six

Autoren: Dr. Christian Blex, Iris Dworeck-Danielowski, Andreas Keith,
Maximilian Kneller, Christian Loose, Iwar Mattern, Uta Opelt,
Thomas Röckemann, Helmut Seifen, Herbert Strotebeck,
Sven W. Tritschler, Dr. Martin Vincenz, Nic Vogel,
Markus Wagner, Gabriele Walger-Demolsky, Nils Wallmeyer

Bild- und Grafiknachweise:

Illustrationen
zum Titelthema: Robert Gorny

Grafiken und
Illustrationen: Robert Gorny, Paul Janson, Götz Wiedenroth u. a.

Alle Fotos, Grafiken und Illustrationen sind Eigentum der AfD-Landtagsfraktion NRW.

Ausgenommen:

Cover: Grunge Hintergrundtextur: 123RF.com, Swavo
Seite 8: Elva Etienne/Alamy Stock Foto, Bild-ID: F0122W (RF)
Seite 10: picture alliance/Geisler-Fotopress | Christoph Hardt/
Geisler-Fotopress, Medien-Nr.: 263866618
Seite 12: IMAGO/NurPhoto, Bild-ID: 139997439 und picture alliance/dpa |
Rolf Vennerbernd, Medien-Nr.: 265897552
Seite 14: IMAGO/Hans Blosssey, Bild-ID: 146092354
Seite 16: picture alliance/dpa/Sputnik | Viktor Tolochko, Medien-Nr.: 264592912
Seite 18: IMAGO/Mattias Christ, Bild-ID: 99720428 – Originalfoto bearbeitet/verfremdet
Seite 19: Getty Images Europe/Handout, Bild-Nr.: 1236477194
Seite 42: picture alliance/imageBROKER | J. Moebes, Medien-Nr.: 59559380
Seite 44: picture alliance/Rainer Hackenberg | Rainer Hackenberg,
Medien-Nr.: 35308064
Seite 45: picture alliance/Westend61 | Westend61 / Dirk Wüstenhagen,
Medien-Nr.: 52698099
Seite 47: IMAGO/JOKER, Bild-ID: 65657053
Seite 49: picture alliance/ZB/euroluftbild.de | euroluftbild.de/Hans Blosssey,
Medien-Nr.: 248498549 – Originalfoto bearbeitet
Seite 50: picture alliance/dpa | Guido Kirchner, Medien-Nr.: 272759269

Für Grafiken und Fotos externer Urheber gelten deren jeweilige Lizenzfreigaben
und Bestimmungen.

Alle Rechte vorbehalten!

Druckauflage: 19000

Sein
Blickwinkel

Sein
Blickwinkel



JETZT
DAS KOSTENLOSE
BLICKWINKEL-ABO
ABSCHLIESSEN!

Einer für alle. Unser **BLICKWINKEL**.



Sie möchten unser kostenloses Magazin **BLICKWINKEL** abonnieren und in Zukunft portofrei nach Hause geschickt bekommen? Dazu bitte einfach die beiliegende Postkarte ausfüllen und an uns zurücksenden.

Sie können unser Magazin auch online abonnieren. Der nebenstehende QR-Code führt Sie direkt auf die Anmeldeseite: afd-fraktion.nrw/blickwinkel